

08.028

**Botschaft  
über die Finanzierung der wirtschafts- und  
handelspolitischen Massnahmen im Rahmen  
der Entwicklungszusammenarbeit**

vom 7. März 2008

---

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident  
Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen mit dieser Botschaft, mit dem Antrag auf Zustimmung, den Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrter Herr Ständeratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

7. März 2008

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Pascal Couchepin

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

---

## Übersicht

*Mit dieser Botschaft wird ein siebter Rahmenkredit im Umfang von 800 Millionen Franken für die Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für den Zeitraum von 2008–2012 beantragt. Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen für die Entwicklungsländer sind Teil der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Rechtliche Grundlage bilden Artikel 54 der Bundesverfassung und das Gesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976 (SR 974.0). Die Massnahmen werden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) umgesetzt. Der Kredit wird parallel mit dem Kredit für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) vorgelegt. Dies ermöglicht einen Gesamtüberblick über die wichtigsten Massnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.*

*Das Hauptziel der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen ist die Unterstützung eines nachhaltigen Einbezugs der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die Förderung ihres Wirtschaftswachstums. Damit soll zur dauerhaften Verminderung der Armut in diesen Ländern beigetragen werden. Die Prioritäten liegen bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Diversifizierung des Handels sowie der Mobilisierung von in- und ausländischen Investitionen.*

*Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen leisten damit einen wichtigen Beitrag zu den entwicklungspolitischen und aussenpolitischen Zielen des Bundesrats. Sie sind auch Teil der Aussenwirtschaftsstrategie: Die Schaffung von internationalen wirtschaftlichen Regelwerken und Standards, die Erleichterung des wirtschaftlichen Austauschs sowie die Wahrung der Interessen der Schweiz im globalen wirtschafts- und finanzpolitischen Dialog, welcher in den Internationalen Finanzierungsinstitutionen (Weltbank etc.) geführt wird, sind Beispiele für wichtige entwicklungspolitische Ziele, die auch Synergien und Wechselwirkungen mit den aussenwirtschaftspolitischen Zielen haben. Das EVD kann zudem innerhalb des Departementes bzw. des SECO auf spezifische wirtschafts- und handelspolitische Fachkompetenz zurück greifen und dieses Spezialwissen für die Entwicklungszusammenarbeit nutzbar machen.*

*Die vorliegende Botschaft stützt sich auf den Referenzrahmen, die neuen Herausforderungen und die Strategie der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie in den ersten drei Ziffern der parallel unterbreiteten Botschaft für die Massnahmen des EDA dargelegt werden. Die Strategie der Schweiz basiert dabei auf den drei Pfeilern Millenniums-Entwicklungsziele, Sicherheitsagenda und entwicklungsfördernde Globalisierung.*

*Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit fokussiert auf die «entwicklungsfördernde Globalisierung». Der Bundesrat will im Rahmen dieses Pfeilers primär wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen durchführen, welche fort-*

---

geschritteneren armen Entwicklungsländern zugute kommen, die sich zu einem ernsthaften und leistungsfähigen Reformprozess verpflichtet haben.

Die Botschaft beschreibt die beiden spezifischen Aufgabengebiete des EVD:

1. Unterstützung des entwicklungsfördernden Einbezugs der Partnerländer in die Weltwirtschaft und Stärkung eines nachhaltigen Wachstums
2. Mitgestaltung der Politik der internationalen Finanzierungsinstitutionen und der handelsbezogenen Organisationen der UNO.

Zu diesen beiden Aufgabengebieten werden Ziele definiert und Indikatoren festgelegt, mit welchen die Zielerreichung überprüft werden kann.

Die thematischen Interventionsbereiche sind: (i) Makro- und finanzökonomische Rahmenbedingungen, (ii) wirtschaftliche Infrastruktur, (iii) Förderung des Handels, (iv) Entwicklung des Privatsektor, um in- und ausländischen Investitionen zu fördern. Neben der Mobilisierung zusätzlicher privater Ressourcen wird inskünftig ein Akzent auf den Querschnitts-Bereich «Energie, Klima und Umwelt» gelegt. Herausforderungen in diesem Bereich werden vermehrt zu einem limitierenden Faktor für das wirtschaftliche Wachstum der Partnerländer.

Viele Problemstellungen haben eine internationale Dimension. Es erfolgt deshalb eine enge Zusammenarbeit mit spezialisierten Organisationen (Weltbank, IFC, UNCTAD, ILO, UNIDO, etc.) im Rahmen globaler Programme. Für die von der Schweiz bilateral umgesetzten Massnahmen waren in der vorangehenden Botschaft 16 indikative Schwerpunktländer festgelegt worden. Im Rahmen einer nochmals verstärkten Konzentration soll nun die Zahl der Schwerpunktländer auf 7 reduziert werden. Es handelt sich dabei um wirtschaftlich rasch wachsende, aber nach wie vor mit grossen Armuts- und Entwicklungsproblemen konfrontierte Entwicklungsländer der Kategorie «tiefes und mittleres Einkommen» (826-3255 \$ Einkommen pro Kopf und Jahr) an der Schwelle zur Integration in die Weltmärkte. Die Erfahrung zeigt, dass die Entwicklung dieser Länder volatil bleibt und sich aufgrund der Globalisierung spezifische entwicklungspolitische Herausforderungen im Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und im Umweltbereich stellen. Die Entwicklung dieser Länder ist zudem bedeutsam für andere Staaten in der Region.

Der Umfang des vorliegenden Rahmenkredits basiert auf den Vorgaben von Budget und Finanzplanung. Maximal sollen 2 Prozent des Gesamtbetrags für Personalkosten in der Schweiz respektive für Schweizer Personal bei den multilateralen Entwicklungsbanken eingesetzt werden.

Im Annex wird über die Verwendung der Mittel des vorherigen, sechsten Rahmenkredits Bericht erstattet.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Übersicht</b>	<b>3048</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>3051</b>
<b>1 Ausgangslage und Rahmenbedingungen</b>	<b>3054</b>
<b>2 Inhalt des Finanzbeschlusses: Die Aufgabengebiete des SECO 2008–2012</b>	<b>3055</b>
2.1 Strategische Ausrichtung und Abstützung	3055
2.2 Aufgabengebiet 1: Unterstützung des Einbezugs von Partnerländern in die Weltwirtschaft und des nachhaltigen Wachstums	3056
2.2.1 Inhalt	3056
2.2.2 Ansatz	3061
2.2.3 Operationelle Grundsätze	3061
2.2.4 Themenbereiche und Instrumente	3062
2.2.5 Transversalthemen	3073
2.3 Aufgabengebiet 2: Die Schweiz in internationalen und multilateralen Finanzierungsinstitutionen vertreten und ihre Politik mitgestalten	3074
2.4 Übergangsbestimmungen	3079
<b>3 Auswirkungen</b>	<b>3079</b>
3.1 Finanzielle Auswirkungen	3079
3.2 Personelle Auswirkungen	3081
3.3 Volkswirtschaftliche Auswirkungen	3081
3.4 Auswirkungen auf Bund, Kantone und Gemeinden	3082
<b>4 Verhältnis zur Legislaturplanung und zum Finanzplan</b>	<b>3082</b>
<b>5 Rechtliche Aspekte</b>	<b>3082</b>
5.1 Vereinbarkeit mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz	3082
5.2 Unterstellung unter die Ausgabenbremse	3082
<b>Anhänge</b>	
1. Gesetzesgrundlagen	3083
2. Entwicklungspolitik und Aussenwirtschaftsstrategie	3084
3. Rückblick 2003–2007	3085
4. Auszahlungen des SECO im Jahr 2006 (Rahmenkredit VI) nach Ländern und Durchführungsorganisationen	3108
5. Schwerpunktländer 2008–2012	3114
6. Monitoring und Evaluationssystem	3116
7. Internationale Wertschöpfungskette	3118
<b>Bundesbeschluss über die Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (Entwurf)</b>	<b>3119</b>

## Abkürzungsverzeichnis

ACWL	Advisory Centre on WTO Law	
AfDB	African Development Bank	Afrikanische Entwicklungsbank
AfDF	African Development Fund	Afrikanischer Entwicklungsfonds
AITIC	Agency for International Trade Information and Cooperation	Agentur für Internationale Handelsinformation und -kooperation
APD	Aide Publique au Développement	Öffentliche Entwicklungshilfe
AsDB	The Asian Development Bank	Asiatische Entwicklungsbank
AsDF	The Asian Development Fund	Asiatischer Entwicklungsfonds
CDM	Clean Development Mechanisms	
CPC	Cleaner Production Centers	
DAC	The Development Assistance Committee	Entwicklungskomitee der OECD
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development	Europäische Bank für Wieder- aufbau und Entwicklung
EMPA		Eidg. Materialprüfungs- und Forschungsanstalt
EZA		Entwicklungszusammenarbeit
FIAS	Foreign Investment Advisory Services	
FIRST	Financial Sector Reform and Strengthening Initiative	
FSAP	Financial Sector Assessment Programme	
FSO	Fund for Special Operations of IDB	
HIPC	Highly Indebted Poor Countries	
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development	
ICAC	International Cotton Advisory Committee	
ICO	International Coffee Organization	
ICSID	International Center for Settlement of Investment Disputes	
IDA	International Development Association	Internationale Entwicklungsagentur
IDB	Interamerican Development Bank	Interamerikanische Entwicklungsbank
IDFC	Infrastructure Development Finance Corporation	
IFC	International Finance Corporation	Internationale Finanzierungs- gesellschaft

IGE		Institut für Geistiges Eigentum
IKEZ		Interdepartementales Komitee für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit
ILO	International Labour Organization	Internationale Arbeitsorganisation
ISO	International Standards Organization	
ITC	International Trade Center	
ITTO	International Tropical Timber Organisation	
IWF	International Monetary Fund	Internationaler Währungsfond
LDC	Least Developed Countries	Ärmste Entwicklungsländer
LIC	Low Income Countries	Entwicklungsländer tiefen Einkommens
KMU		Klein- und Mittelunternehmen
MDG	Millennium Development Goals	Millenniums-Entwicklungsziele
MDRI	Multilateral Debt Relief Initiative	Multilaterale Entschuldungsinitiative
MIC	Middle Income Countries	Entwicklungsländer mittleren Einkommens
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency	Multilaterale Investitions-garantie-Agentur
MOPAN	Multilateral Organisations Performance Assessment Network	
NGO	Nongovernmental Organisation	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PEFA	Public Expenditure and Financial Accountability	
PIDG	Private Infrastructure Donor Group	
PPIAF	Public Private Infrastructure Advisory Facility	
PPP	Public-Private Partnerships	Öffentlich-private Partnerschaften
SAP		SAP-Finanzadministration
SECO		Staatssekretariat für Wirtschaft
WE		Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im SECO
SERV		Schweizer Exportrisiko-Versicherung
Sifem	Swiss Investment Fund for Emerging Markets	

SIPPO	Swiss Import Promotion Program	
SOFI	Swiss Organisation for Facilitating Investments	
STAR	Strategy Assessment and Review	
SWApS	Sector-Wide Approaches	Sektorprogramm
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development	
UNIDO	United Nations Industrial Development Organisation	UN-Organisation für industrielle Entwicklung
WEF	World Economic Forum	Weltwirtschaftsforum
WEKO		Wettbewerbskommission
WTO	World Trade Organisation	Welthandelsorganisation

# Botschaft

## 1 Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind Teil der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Rechtliche Grundlage bilden Artikel 54 der Bundesverfassung und das Gesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976<sup>1</sup>. Mit dem Vollzug des Gesetzes betraut sind laut Verordnung vom 12. Dezember 1977<sup>2</sup> die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im EDA sowie das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im EVD. Für die Umsetzung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen ist das EVD (SECO) zuständig.

Veränderungen im nationalen und internationalen Umfeld verändern auch die Rahmenbedingungen und die Herausforderungen für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit. Der Bundesrat hat in den einleitenden Ziffern der Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern des EDA diese neuen Herausforderungen dargestellt. Darauf abgestützt präsentiert er seine Strategie für die Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele. Sie bildet die gemeinsame Grundlage für die spezifischen Aufgabenbereiche der beiden Bundesämter DEZA und SECO. Diese stützen sich auf die Verordnung von 1977 und nehmen die Entscheide bezüglich der Bundesverwaltungsreform REF 05/07 nicht vorweg.

Ausgehend von der Leitlinie, dass die Schweiz ihren Beitrag für eine gerechte und nachhaltige globale Entwicklung leistet, wird die Entwicklungszusammenarbeit auf drei strategische Schwerpunkte ausgerichtet: (i) Die Millenniumsentwicklungsziele erreichen – Armut mindern; (ii) die Förderung menschlicher Sicherheit und die Reduktion von Sicherheitsrisiken sowie (iii) die entwicklungsfördernde Gestaltung der Globalisierung. Darauf abgestützt können sodann sechs Kooperationsbereiche identifiziert werden: 1) Unterstützung der Armutsminderungsstrategien der Partnerländer, 2) Unterstützung ausgewählter Konfliktregionen und Reduktion von Sicherheitsrisiken, 3) Mitgestaltung einer entwicklungsfördernden Globalisierung 4) Finanzielle Beteiligung an multilateralen Entwicklungsorganisationen und aktive Mitwirkung in ihren Leitungs- und Aufsichtsorganen, 5) Zusammenarbeit mit Hilfswerken, Forschungsanstalten und öffentlich-privaten Entwicklungspartnerschaften in der Schweiz sowie 6) Koordination der Entwicklungspolitik in der Bundesverwaltung.

Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen des SECO gliedern sich in diese strategische Ausrichtung ein. Das SECO fördert insbesondere eine entwicklungsfördernde wirtschaftliche Globalisierung, mit einem klar definierten Mandat zur Unterstützung der Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft und zur Förderung ihrer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung (Kooperationsbereich 3). Darüber hinaus ist es in der Schweiz zusammen mit der DEZA für die Gestaltung der Politik der multilateralen Entwicklungsbanken zuständig; es nimmt die Koordination wahr und tritt ihnen gegenüber als zuständiges Bundesamt auf (Koopera-

<sup>1</sup> SR 974.0

<sup>2</sup> SR 974.01

tionsbereich 4). Die konkreten Aufgabengebiete des SECO werden in der folgenden Ziffer ausgeführt.

## **2 Inhalt des Finanzbeschlusses: Die Aufgabengebiete des SECO 2008–2012**

### **2.1 Strategische Ausrichtung und Abstützung**

Das SECO konzentriert seine operationelle Stossrichtung auf den dritten strategischen Schwerpunkt der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, nämlich den Beitrag der Schweiz zur Mitgestaltung einer entwicklungsfördernden Globalisierung. Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen sind ausgerichtet auf die Unterstützung eines nachhaltigen Einbezugs der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die Förderung ihres Wirtschaftswachstums mit dem Ziel, damit zur Verminderung der Armut beizutragen. Diese Ausrichtung ist auch Bestandteil der dritten Dimension der Aussenwirtschaftsstrategie des Bundes (2005), die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und den Einbezug der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft (vgl. Anhang 2).

Konkret deckt das SECO mit seinen Massnahmen die beiden folgenden Aufgabengebiete ab:

#### *Aufgabengebiet 1*

Das SECO unterstützt den entwicklungsfördernden Einbezug der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Stärkung eines nachhaltigen Wachstums – zur Reduktion der Risiken der Globalisierung in Entwicklungsländern und zur dauerhaften Armutsreduktion, welche die Grundlage für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entfaltung der Menschen darstellt.

#### *Aufgabengebiet 2*

Das SECO gestaltet die Politik der internationalen Finanzierungsinstitutionen, d.h. der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken (zusammen mit der DEZA), sowie der handelsbezogenen Organisationen der UNO, damit diese wirksam und effizient zur internationalen Zusammenarbeit und Entwicklung beitragen.

Die Umsetzung dieser Aufgaben beruht auf den wirtschaftlichen Kernkompetenzen und Kernaufgaben des SECO. Das SECO ist das Kompetenzzentrum des Bundes für Kernfragen der Wirtschaftspolitik. Es verfügt deshalb über die wirtschafts- und handelspolitische Fachkompetenz für die Umsetzung dieser Aufträge. Es nutzt die Synergiepotentiale und das vorhandene Spezialwissen, beispielsweise bezüglich der Standort- und Arbeitsmarktpolitik, der Stärkung der Wettbewerbskraft, im WTO- und OECD-Bereich sowie in spezifischen Bereichen der Klima-, Umwelt- und Energiepolitik. Zudem kann es umgekehrt die Anliegen der Entwicklungsländer bei der Lösung aussenwirtschaftspolitischer Fragestellungen in diesen Bereichen einbringen. Damit wird ein Beitrag zu einer verstärkten Kohärenz von Entwicklungs-, Aussenwirtschafts- und Aussenpolitik geleistet.

## 2.2 **Aufgabengebiet 1: Unterstützung des Einbezugs von Partnerländern in die Weltwirtschaft und des nachhaltigen Wachstums**

### 2.2.1 **Inhalt**

#### *Aufgabengebiet 1*

Das SECO unterstützt den entwicklungsfördernden Einbezug der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Stärkung eines nachhaltigen Wachstums – zur Reduktion der Risiken der Globalisierung in Entwicklungsländern und zur dauerhaften Armutsreduktion, welche die Grundlage für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entfaltung der Menschen darstellt.

#### **Hintergrund**

Die Globalisierung bietet Chancen und Risiken – es gibt Gewinner und Verlierer. Viele Entwicklungsländer können von der wirtschaftlichen Integration profitieren. Andere haben jedoch Mühe, den internationalen Anschluss zu finden.

Die Herausforderungen, mit denen sich die Entwicklungsländer im Bereich der Integration in die Weltmärkte und der Förderung nachhaltigen Wachstums konfrontiert sehen, sind insbesondere die Folgenden:

- Ungenügende wirtschaftliche Rahmenbedingungen und unzureichende Anpassung der lokalen Wirtschaft an internationale Standards und Gepflogenheiten verhindern den Zugang zu internationalen Märkten
- Starke Abhängigkeit von einzelnen Exportprodukten führt zu einer starken Anfälligkeit auf Preisschwankungen
- Unbeständigkeit des Wirtschaftswachstums aufgrund unstetiger Wirtschaftspolitik und/oder einseitiger Abhängigkeit von bestimmten Absatzmärkten, internationalen Finanzmärkten oder Exportprodukten
- Grosse Verletzlichkeit armer Bevölkerungsschichten und breiter Unternehmergruppen bei wirtschaftlichen Schocks und konjunktureller Verflachung
- Starke Disparitäten zwischen Arm und Reich; Inseln der Armut; fehlende Arbeitsplätze
- Unterschiedlicher Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Ressourcen, Know-how und Versorgungssystemen
- Ineffiziente Produktion mit hohem Ressourcenverbrauch und hoher Umweltbelastung führt zu einem Raubbau an Ressourcen und Umwelt, unter dem vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen leiden
- Einseitiger Nutzen der Globalisierung innerhalb von Gesellschaften und zwischen vernetzten Nachbarländern.

Diese Herausforderungen führen in vielen Fällen dazu, dass die Entwicklungsländer nicht von den von der Globalisierung ausgehenden Impulsen profitieren und sie in ein verstärktes nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum umsetzen können. Dies ist bei den Ländern von besonderer Relevanz, welche regionale Wirtschaftspole darstellen. Von ihrer Prosperität und Offenheit hängt die Entwicklung vieler umliegender, weniger weit entwickelter Länder direkt ab.

### **Themenbereiche**

Das SECO konzentriert die Massnahmen zur Erfüllung seiner Aufgaben in vier Interventionsbereiche. Tabelle 1 gibt einen Überblick über diese Interventionsbereiche und die darin vorgesehenen operationellen Stossrichtungen.

*Tabelle 1*

### **Thematische Fokussierung**

Interventionsbereiche	Operationeller Fokus
Makro- und finanzökonomische Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur und nachhaltige Integration in das globale Finanzsystem</li> <li>– Stabile und nachhaltige öffentliche Finanzen als Grundlage für eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung</li> </ul>
Wirtschaftliche Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bereitstellung effizienter und verlässlicher Basisinfrastruktur für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung</li> <li>– Schaffung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung</li> </ul>
Förderung des Handels	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Handelsfördernde Rahmenbedingungen</li> <li>– Internationale Wettbewerbsfähigkeit</li> <li>– Verbesserung des Marktzugangs</li> </ul>
Entwicklung des Privatsektors um in- und ausländische Investitionen zu fördern	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verbesserung des Geschäftsumfeldes</li> <li>– Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für Unternehmen und Verbessern der Effizienz des Finanzsektors</li> <li>– Nachhaltiges Unternehmertum</li> </ul>

In diesen Interventionsbereichen wird – je nach Schwerpunkt – mit unterschiedlichen Partnern zusammen gearbeitet. Zu erwähnen sind insbesondere die Weltbank, IFC, EBRD, UNCTAD, WTO, UNIDO, ITC, ILO sowie die OECD. In der Schweiz wird zudem für die Umsetzung mit den bewährten Institutionen für die Förderung von Importen (SIPPO) und Bereitstellung von Risikokapital (Sifem) zusammengearbeitet. Die Interventionsbereiche werden in Ziffer 2.2.2. ausführlich beschrieben.

## Partnerländer

Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen dienen der Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft. Viele Fragestellungen und Probleme im Bereich der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen haben eine internationale Dimension. Es handelt sich um Massnahmen, welche Unterstützung für die Entwicklung und Verbreitung entsprechender internationaler Regelwerke, Standards und Best Practices vorsehen. Umgesetzt werden diese Massnahmen oft im Rahmen globaler Programme über spezialisierte Organisationen (Weltbank, IFC, IWF, UNCTAD, ILO, UNIDO, etc.) oder im Rahmen gemeinsamer Programme mit anderen Gebern (multi-bilaterale Programme). Diese Massnahmen gehören zu den Kernaufgaben des SECO, und entsprechend wird ein Teil der Mittel des SECO weiterhin in solche Programme fliessen, welche auch den ärmsten Entwicklungsländern zugute kommen.

Darüber hinaus konzentriert das SECO seine bilateralen Tätigkeiten auf eine reduzierte Zahl fortgeschrittenerer armer Entwicklungsländer, welche mit den besonderen Problemen der wirtschaftlichen Integration in die Weltmärkte und eines nachhaltigen Wachstums konfrontiert sind (vgl. Tabelle 2).

*Tabelle 2*

### Voraussichtliche Schwerpunktländer des SECO 2008–2012

Afrika	Ägypten Ghana Südafrika
Asien	Indonesien Vietnam
Lateinamerika	Kolumbien Peru

Bei diesen Schwerpunktländern handelt es sich um zur Zeit wirtschaftlich rasch wachsende, aber nach wie vor mit grossen Armutsproblemen konfrontierte Staaten an der Schwelle zur Integration in die Weltmärkte. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt jedoch, dass die Entwicklung dieser Länder fragil bleibt. Es stellen sich dort neben anhaltender weitverbreiteter Armut und sozialer Disparitäten spezifische entwicklungspolitische Herausforderungen im Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und im Umweltbereich. Hier sieht das SECO seinen komparativen Vorteil. Die Entwicklung dieser Länder ist zudem bedeutsam für andere Staaten in der Region. Sie können entsprechend auch als Entwicklungsdrehscheibe («Hub») dienen. Die Aussenwirtschaftsstrategie des Bundesrats umfasst diese Schwerpunktländer ebenfalls. Damit können Synergien mit den anderen Kernaufgaben des SECO genutzt werden. Die Länderauswahl wird im Anhang 5 weiter begründet.

*Auswahlkriterien für die Schwerpunktländer des SECO:*

- Entwicklungsländer mittleren Einkommens (ab der OECD-DAC Kategorie «lower middle income countries», d.h. zwischen 826-3255 US Dollar, bzw. demnächst in diese Kategorie aufsteigend) mit regionaler Ausstrahlung
- Bedürfnisse des Partnerlandes und vorhandene Erfolgsaussichten für Massnahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit
- gegenseitiges Interesse für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit
- Kompetenzen/Mehrwert der Schweiz im nachgefragten Bereich
- Reformwilligkeit und Leistungsausweis insgesamt bzw. in den ausgewählten Sektoren.

Die ärmsten Länder werden weiterhin vor allem über die globalen Programme, über spezialisierte Organisationen sowie über multi-bilaterale Programme unterstützt. Zudem profitieren sie auch von autonomen Massnahmen, etwa im Handelsbereich (Zollpräferenzen). Das SECO beabsichtigt zudem, die Hub-Funktion der Schwerpunktländer für ihre Regionen zu stärken und dabei den Zugang der weniger weit entwickelten Nachbarländer zu diesen Drehscheiben zu fördern.

*Gründe für die Zusammenarbeit mit fortgeschritteneren armen Entwicklungsländern («Lower Middle Income Countries» MICs)*

«Zu den MICs zählen 47 % der Weltbevölkerung und 41 % der Armen, die von weniger als zwei Dollar täglich leben. Viele dieser Länder zeichnen sich durch ein instabiles Wirtschaftswachstum aus. Die Instabilität hat oft hohe wirtschaftliche und soziale Kosten zur Folge und kann diese Länder in ihrem Entwicklungsstand sogar zurückwerfen. Zudem sind diese Länder oft anfälliger für Umweltprobleme und periodische Naturkatastrophen, wodurch es noch schwieriger wird, auf dem Pfad des Fortschritts zu bleiben.

Verschiedene Gründe sprechen dafür, MICs entschiedener internationale Hilfe zukommen zu lassen. Erstens trägt der Fortschritt dieser Länder dazu bei, Stabilität zu erzeugen und das Wachstum der Weltwirtschaft anzukurbeln. Zweitens wäre eine aktivere Politik der internationalen Zusammenarbeit mit MICs angezeigt, um eine raschere Reduktion der Weltarmut zu erreichen. Drittens bedarf es dieser Unterstützung, um zu verhindern, dass sich MICs bezüglich sozialer und wirtschaftlicher Errungenschaften rückwärtsentwickeln. Viertens kann diese Hilfe Entwicklungspole in verschiedenen Regionen der Dritten Welt festigen. Fünftens wird sie die Versorgung mit globalen öffentlichen Gütern wie (...) Friedenserhalt, finanzieller Stabilität und Umweltverträglichkeit erleichtern.»

*Quelle:* Internationale Konferenz über Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern mittleren Einkommens, El Salvador, 3. und 4. Oktober 2007

Insgesamt soll rund die Hälfte der bilateralen Mittel für Programme eingesetzt werden, welche allen Entwicklungsländern zugute kommen. Darunter fallen insbesondere auch Massnahmen, welche das SECO in seinen Kompetenzbereichen, nach Absprache mit der DEZA, in den Schwerpunktländern der DEZA komplementär zu deren Massnahmen umsetzt. Dabei wird den Bedürfnissen der Ärmsten besonders Rechnung getragen. Der Rest soll für Massnahmen in den Schwerpunktländern eingesetzt werden.

### **Ziele und Indikatoren**

Der Beitrag des SECO zur Stärkung eines nachhaltigen Wachstums und zum Einbezug der Partnerländer in die Weltwirtschaft wird anhand folgender Indikatoren gemessen:

- Nachhaltiges, auf erhöhte Diversifizierung der Wirtschaft gestütztes Wirtschaftswachstum
  - Indikatoren: Wachstumsrate des realen BIP (verglichen mit der globalen und regionalen Wachstumsrate); Wettbewerbsposition nach dem Global Competitiveness Index des Landes (WEF-Methodologie)
- Steigerung des Handels
  - Indikatoren: Verhältnis von Waren- sowie Dienstleistungsexporten und -importen in % des BIP
- Abbau von Disparitäten
  - Indikatoren: Gini-Koeffizient
- Stärkung der Governanz
  - Indikatoren: Governanz-Indikatoren des Weltbankinstituts
- Verbesserung der Umweltbedingungen
  - Indikatoren: Kohlendioxidausstoss pro Kopf und Verbrauch von Chlorfluorkohlenstoffen, welche die Ozonschicht schwächen (in Tonnen ODP)

Diese Indikatoren werden auch von anderen Faktoren als den vom SECO umgesetzten wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen beeinflusst. Der Beitrag der Massnahmen zu den Veränderungen auf nationaler Ebene (Impakt) wird auf der Grundlage der Ergebnisse der einzelnen Projekte und Programme evaluiert. Beispielsweise erlaubt die Verbesserung des Geschäftsumfelds aufgrund von entsprechenden Massnahmen Leistungsverbesserungen einzelner Unternehmen (gemessen an der Zahl neuer Arbeitsplätze oder am Umsatz), die zum Wirtschaftswachstum beitragen. Um seinen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele möglichst genau messen zu können, fordert das SECO bei all seinen Projekten und Programmen einen klar mit den Zielvorgaben verbundenen Ergebnisrahmen und ein Monitoring- und Evaluationssystem, welche zeigen, wie weit die Ergebnisse erreicht wurden (für weitere Details siehe Anhang 6).

## 2.2.2                    **Ansatz**

Die Aufgabengebiete umfassen diejenigen Tätigkeiten, die sowohl eine grosse Relevanz in der Entwicklungszusammenarbeit als auch eine hohe Bedeutung für die Schweiz haben und in denen das SECO seine Stärken und einen guten Leistungsausweis ausweist. Zusätzlich zur Frage «Tut das SECO das Richtige», stellt sich jedoch auch die Frage «Tut das SECO es richtig». Diese Dimension des «wie» wird in den Ausführungen zu den verschiedenen Themenbereichen (vgl. Ziff. 2.2.4 und Anhang 3) näher erläutert. Im Folgenden finden sich jedoch zunächst einige Erläuterungen zu dem Ansatz und den operationellen Grundsätzen.

Dabei kann das SECO auf die während des laufenden Rahmenkredits gewonnenen operationellen Erfahrungen aufbauen, die auch weiterhin von grosser Bedeutung bleiben. Die Umsetzung der in der Botschaft vom 20. November 2002 festgelegten Vorgaben für die Mittelverwendung erweist sich insgesamt als erfolgreich. Die Ergebnisse demonstrieren die hohe Wirksamkeit und Relevanz der Massnahmen. Das SECO wird als Kompetenzzentrum für wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit im In- und Ausland anerkannt. Im Sinne einer Rechenschaftsabgabe bietet Anhang 3 einen vertieften Überblick.

## 2.2.3                    **Operationelle Grundsätze**

Die operationellen Beziehungen zwischen Entwicklungsagenturen und Partnerländern haben sich über die Jahre grundlegend verändert. Heutzutage steht die Zusammenarbeit zwischen gleichwertigen, anspruchsvollen Partnern im Zentrum. An bestimmte Bedingungen gebundene Unterstützungsmassnahmen (*conditionality*) treten in den Hintergrund gegenüber von den Ländern selbst getragenen Reformvorhaben (*ownership*), die von externen Partnern wie dem SECO unterstützt werden. Umfassende Problemlösungen durch eine einzige Entwicklungsorganisation werden abgelöst durch die koordinierte Beteiligung verschiedener Akteure sowie die Einführung von optimalen Verfahren, Standards und Vorzeigeprojekten (*best practice*), die anschliessend von den Ländern selber repliziert werden.

Das SECO beachtet bei seinem Engagement die folgenden Ansätze und operationellen Grundsätze:

- *Hebelwirkung und Subsidiarität der Entwicklungshilfe durch einen Ansatz selektiver Intervention* – Das SECO beteiligt sich an der nachhaltigen wirtschaftlichen Expansion von fortgeschritteneren Entwicklungsländern und konzentriert sich dabei auf Markt- und Staatsversagen, die das Wachstum der Märkte behindern oder potentiell destabilisierend wirken. Das SECO interveniert subsidiär und komplementär zu den Tätigkeiten des Staates und zu privaten Initiativen. Es ersetzt diese nicht, sondern regt sie an und erzeugt eine Hebelwirkung.
- *Mobilisierung von Ressourcen und Know-how des Privatsektors* – Die wirtschaftliche Entwicklung der fortgeschritteneren Entwicklungsländer beruht hauptsächlich auf dem Beitrag des Privatsektors. Dies gilt für finanzielle Mittel wie für technisches Fachwissen. Das SECO strebt Demonstrationseffekte an, fördert öffentlich-private Partnerschaften auf der Grundlage einer geeigneten Risikobeteiligung und mobilisiert das Know-how und die Fachkompetenz des Privatsektors. Es fördert darüber hinaus die Zusammenarbeit

zwischen dem Privatsektor und multilateralen Institutionen bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Es fördert das «match-making» mit Schweizer Unternehmen.

- *Selektive Intervention auf der Grundlage des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials* – Das SECO trägt auf der Basis seiner Qualitäten und Stärken zur wirtschaftlichen Entwicklung in einer Form bei, die einen möglichst hohen Impact und die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklungsmassnahmen gewährleisten. Die Instrumente des SECO werden in den verschiedenen Ländern selektiv eingesetzt, wobei die Bereiche ermittelt werden, in denen durch die Intervention des SECO ein hoher Mehrwert erzielt werden kann und die einer Nachfrage entsprechen.
- *Gezielter politischer Dialog* – Die Rahmenbedingungen und Politiken auf Ebene der Partnerländer sind entscheidend, um eine umfassende, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu erlauben. Das SECO bemüht sich, ergänzend zu den ergriffenen Massnahmen und gemeinsam mit anderen Partnern einen gezielten Politikdialog mit den Partnerländern über die Reformen zu führen.
- *Verwirklichung der Grundsätze der Pariser Deklaration* – Mit der Pariser Deklaration wurden die Erfahrungen der Internationalen Gemeinschaft durch Festlegung wichtiger Grundsätze über eine verbesserte Wirksamkeit der Hilfe konsolidiert. Die Verpflichtungen der Schweiz im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Pariser Deklaration werden dem jeweiligen Länderkontext angepasst. In den fortgeschritteneren Entwicklungsländern ist die Regierung im Allgemeinen ein starker Partner mit klarer strategischer Vision über wirtschaftliche Entwicklungsprioritäten. Die Aneignung des Reformprozesses, die Koordination der Partnerorganisationen und die Nutzung bestehender Systeme in diesen Ländern sind ausschlaggebend für eine selektive Umsetzung der SECO-Instrumente.

Das SECO setzt sich weiter dafür ein, Lehren aus den Erfahrungen mit den SECO-Instrumenten zu ziehen und über die Nutzung der Ressourcen Bericht zu erstatten sowie ein an Resultaten und Evaluationsergebnissen orientiertes Management zu stärken. Dazu wird die Unabhängigkeit der Evaluationsfunktion dank Berichterstattung an ein Komitee, das aus dem Direktor des SECO und verwaltungsexternen Persönlichkeiten besteht, sowie eines unabhängigen Evaluationssystems erweitert. Schliesslich wird das SECO dank aktiver Kommunikationspolitik, die schweizerische Öffentlichkeit transparent über ihre Aktivitäten und erzielten Ergebnisse informieren.

## **2.2.4 Themenbereiche und Instrumente**

Das SECO konzentriert seine operationelle Ausrichtung auf die vier Interventionsbereiche Makroökonomische Rahmenbedingungen, Infrastrukturfinanzierung, Handelsförderung und Privatsektorförderung. Massnahmen in diesen Bereichen werden je nach Bedarf im Partnerland einzeln, gestaffelt oder kombiniert durchgeführt. Der Einsatz der Instrumente wird in Länderprogrammen festgelegt. Dies geschieht in Abstimmung mit den nationalen Entwicklungsprioritäten der Länder sowie in Koor-

dination und Arbeitsteilung mit anderen Gebern. Die entsprechenden Ziele und Aktionslinien werden im Folgenden einzeln dargestellt:

### **Makroökonomische Rahmenbedingungen**

Interventionsbereich	Operationeller Fokus	Aktionslinien
Makro- und finanzökonomische Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stärkung der Finanzinfrastruktur und nachhaltige Integration in das globale Finanzsystem</li> <li>– Stabile und nachhaltige öffentliche Finanzen als Grundlage für eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stärkung der Finanzinfrastruktur und Erhalt eines stabilen monetären Umfeldes</li> <li>– Institutionelle Stärkung für eine langfristige Budgetstabilität, insbesondere durch öffentliches Schuldenmanagement, Entschuldungsmassnahmen (bilateral und multilateral) und Stärkung der Steuerverwaltungen</li> <li>– Unterstützung von Reformen des öffentlichen Sektors, insbesondere der öffentlichen Finanzverwaltungen und Hilfe bei der Ausarbeitung von Wachstumspolitiken</li> </ul>

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen sind ein zentraler Faktor der wirtschaftlichen Gouvernanz und tragen entscheidend zu einem beständigen Wirtschaftswachstum und zur dauerhaften Integration in die Weltwirtschaft bei. Eine gezügelte Inflation, kontrollierte öffentliche Finanzen, eine tragbare Aussen- und Inlandsverschuldung und ein gesunder Finanzsektor sind unumgängliche Ziele jeder Wirtschafts- und Finanzpolitik. Im Rahmen des neuen Ansatzes stellen sich mit der verstärkten Integration der Länder in die internationalen Kapitalflüsse zusätzliche Herausforderungen. Die Reform der öffentlichen Verwaltung, eine gute Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Steuerreformen, die Anwendung von internationalen Standards für Finanzmärkte und wirtschaftliche und statistische Daten sowie die Entwicklung von Sektoren, welche einen spezifischen regulatorischen Rahmen benötigen (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds, Kapitalmärkte), sind Themen, in denen die Schweiz qualitativ hochwertige technische und institutionelle Hilfe anbieten kann.

Im Hinblick auf das Aufgabengebiet «Entwicklungsfördernde Globalisierung» und bestärkt durch die Schlussfolgerungen aus der Umsetzung des sechsten Rahmenkredits beabsichtigt das SECO, (i) die nachhaltige Integration von Partnerländern in die globale Finanzwirtschaft zu unterstützen und damit die als globales öffentliches Gut (Global Public Good) anerkannte internationale Finanzstabilität zu fördern, und (ii) diese Länder in ihren Bemühungen zu unterstützen, die öffentlichen Finanzen gesund zu halten und die Risiken und Anpassungskosten zu mindern, die mit der Integrations- und Öffnungspolitik einhergehen können.

Um diese Ziele zu erreichen, setzt das SECO seine Programme der finanziellen und technischen Unterstützung in drei Aktionslinien um:

- a) Stärkung der Finanzinfrastruktur (Regulierungsrahmen, Überwachung; Ausbildungssysteme, Zahlungssystem) und Erhalt eines stabilen monetären Umfelds.
- b) Institutionelle Stärkung für eine langfristige Budgetstabilität, insbesondere durch öffentliches Schuldenmanagement, Entschuldungsmassnahmen (bilateral und multilateral) und Stärkung der Steueradministrationen.
- c) Technische und institutionelle Unterstützung der Reformen des öffentlichen Sektors, insbesondere der öffentlichen Finanzverwaltungen (Ausgabeneffizienz, Steuerreform) und Hilfe bei der Ausformulierung von Wachstumspolitiken.

*Stärkung der Finanzinfrastruktur der Partnerländer:* Das SECO wird weiter eine treibende Rolle in der Reform der Regulierungs- und Finanzüberwachungssysteme spielen, insbesondere nach Überprüfung der Übereinstimmung mit internationalen Standards (Final Sector Assessment Program, FSAP) und Unterstützung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Banken- und Kapitalmarkts. Bilaterale Programme werden namentlich im Bereich der Kaderausbildung der Banken- und Finanzindustrie und der Regulierungsagenturen verwirklicht. Zudem wird das SECO auf nationaler Ebene im Rahmen sektorieller Programme (SWAPs, Sector-Wide Approaches) an Multigeber-Initiativen teilnehmen. Globale Programme wie FIRST (Financial Sector Reform and Strengthening Initiative) stellen ein wesentliches Element dieser Aktionslinie dar. Im Hinblick auf einen verstärkten schweizerischen Wissensaustausch in diesen Kooperationsprogrammen könnte auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Schweizer Partnern vorgesehen werden.

Ein Teil der Mittel wird zur Aufrechterhaltung eines stabilen Monetären- und Finanzrahmens und der institutionellen Stärkung der Zentralbanken eingesetzt. Die enge Abstimmung mit den Programmen der Schweizerischen Nationalbank wird beibehalten. Das Thema der Guten Regierungsführung wird ebenfalls in das Programm des Finanzsektors mit den relevanten nationalen und internationalen Partnern integriert, insbesondere bezüglich der Unterstützung des Kampfs gegen Geldwäscherei.

*Institutionelle Stärkung für eine langfristige Budgetstabilität:* Zur Stärkung des Managements öffentlicher Schulden wird das SECO in Zusammenarbeit mit spezialisierten Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der UNCTAD technische Assistenzprogramme umsetzen. Statistische Systeme zur Aufzeichnung, zur Überprüfung und zur Analyse von Kapitalflüssen werden unterstützt. Im Pariser Club werden koordinierte Operationen zur Umstrukturierung öffentlicher Schulden oder zur Entschuldung eng begleitet und Interventionen in enger Absprache mit den betroffenen Stellen des SECO und der SERV geplant. Das SECO wird auch die schweizerische Beteiligung an multilateralen Entschuldungsinitiativen (HIPC- und MDRI-Initiative, Lösungen bei Zahlungsrückständen, Rückkauf kommerzieller Schulden im Rahmen von Weltbankprogrammen) koordinieren.

Ein besonderes Gewicht wird auf die Stärkung der Steuerverwaltungen gelegt, um zur Einrichtung transparenter, gerechter und beständiger Steuersysteme beizutragen, aber auch im Hinblick auf exogene Risiken und Verletzlichkeiten. Zwischen dieser Dimension der makroökonomischen Unterstützung mit den anderen Achsen dieses

Interventionsbereichs, allen voran der Stabilität des Finanzsystems, bestehen grosse Synergiepotentiale.

Was die Reformen des staatlichen Sektors betrifft, wird sich die Unterstützung des SECO an Reformen der öffentlichen Verwaltungen anlehnen, um eine gute Regierungsführung und dazu beitragende staatliche Politiken zu fördern. Der Akzent liegt dabei auf der Verbesserung der Finanztransparenz und Effizienz öffentlicher Ausgaben, der Unterstützung einer Politik der Mobilisierung eigener Ressourcen und dem mittel- und langfristigen Management von finanzpolitischen Risiken (im Sinne von *contingent liabilities*).

Programme zur institutionellen Stärkung der langfristigen Budgetpolitik werden fortgesetzt oder bestehende vertieft, namentlich in internationaler Partnerschaft mit multilateralen Finanzinstitutionen (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken, Internationaler Währungsfonds), Standardisierungsinstitutionen und -initiativen (namentlich im Bereich des öffentlichen Rechnungswesens oder der Diagnose der Verwaltung öffentlicher Finanzen), aber auch mit Kompetenzzentren in der Schweiz (Universitäten, Fachhochschulen, etc.).<sup>3</sup> Angesichts der Bedeutung des Dezentralisierungsprozesses in den Schwerpunktländern und der langjährigen Erfahrung der Schweiz in Bezug auf die Subsidiarität öffentlicher Haushaltspolitik können Kooperationen mit den für Budgetdezentralisierungsprogramme zuständigen Institutionen sowie regionalen und lokalen Institutionen aufgenommen werden, auch mit dem Ziel, Synergien mit anderen SECO-Programmen insbesondere im Infrastrukturbereich zu schaffen.

*Technische Unterstützung:* Die Zusammenarbeit im Bereich der makroökonomischen Rahmenbedingungen kann die Form der technischen Assistenz und des Wissenstransfers und je nach Möglichkeit der gezielten Unterstützung für Finanzprogramme eines Sektor (z.B. des Finanzsektors) annehmen. Die Zuständigkeiten für die Umsetzung der Programme werden nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Grundsatz der Wirtschaftlichkeit festgelegt, wobei besondere Anstrengungen unternommen werden, in der Schweiz Ressourcen zu mobilisieren.

### Infrastrukturfinanzierung

Interventionsbereich	Operationeller Fokus	Aktionslinien
Wirtschaftliche Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bereitstellung effizienter und verlässlicher Basisinfrastruktur für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung</li> <li>– Schaffung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur-entwicklung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bereitstellung von Umwelttechnologie und Know-how</li> <li>– Stärkung der Finanzkapazitäten von Versorgungsbetrieben, Mobilisierung von Finanzmitteln</li> <li>– Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bereitstellung und den Betrieb effizienter und nachhaltiger Infrastruktur</li> </ul>

<sup>3</sup> Die bisherigen Erfolge des SECO mit dem globalen PEFA-Programm (*Public Expenditure and Financial Accountability*) sollen diesbezüglich als Beispiel dienen.

Der weltweite Bedarf an Infrastrukturinvestitionen wird von der OECD auf über 1800 Milliarden Dollar geschätzt. Diese Infrastrukturen spielen eine wichtige Rolle im Aufbau und der Entwicklung von Wirtschafts- und Handelsaktivitäten. Sie stellen einen unentbehrlichen Produktionsfaktor für die Wirtschaftstätigkeit, für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Integration in die regionale und globale Ökonomie dar. Sie haben weitreichende Auswirkungen auf das Wachstumspotential, Investitionsrisiken, Umweltschäden und nationale Disparitäten.

Das SECO konzentriert sich auf die Sektoren Energie, Wasser, Transport und Umwelt. Angesichts der sich verschärfenden Klimaproblematik sollen Massnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Förderung von erneuerbaren Energien verstärkt zum Einsatz kommen.

Das SECO wird seine Interventionen fokussieren, um einen möglichst hohen Demonstrations- und Multiplikationseffekt zu erreichen. Die Projekte des SECO sollen besonders in den Wachstumszentren umgesetzt werden, wo ein grosses Potential für eine Effizienzsteigerung und Diversifizierung von wirtschaftlichen Aktivitäten mit entsprechend positiven Auswirkungen für die gesamten Volkswirtschaften besteht.

Zusätzlich zu Fragen des Zugangs zu Basisinfrastruktur stellen sich in vielen Entwicklungsländern Probleme in Bezug auf die Finanzkapazität (für Erneuerung und Erweiterung), die technische Effizienz, die Qualität der Dienstleistung, die Betriebsführung, den Zugang zu Finanzmitteln und die Rahmenbedingungen. Angesichts dieser Bedürfnisse und der Erfahrungen und Kompetenzen des SECO sollen folgende Aktionslinien verfolgt werden:

- a) Bereitstellung von Umwelttechnologie und Know-how
- b) Stärkung der Finanzkapazitäten von Versorgungsbetrieben, Mobilisierung von Finanzmitteln
- c) Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bereitstellung und den Betrieb effizienter und nachhaltiger Infrastruktur

*Bereitstellung von Umwelttechnologie und Know-how:* Know-how und einfache Standard-Güter für Infrastrukturbauten sind in verschiedenen Entwicklungsländern vorhanden. Dagegen aber besteht nur ein beschränkter Zugang zu weiter entwickelten Technologien, Verfahren und Methoden für eine effiziente und schonende Ressourcennutzung, wie sie in den Industrieländern zum Einsatz kommen. Beiträge des SECO sollen daher an erster Stelle für die Finanzierung moderner, angepasster Umwelttechnologien und -verfahren mit hoher Effizienz und Zuverlässigkeit und geringen Emissionen sowie für begleitende Expertenberatung eingesetzt werden, die Entwicklungsländer aus den industrialisierten Ländern, z.B. aus der Schweiz, beschaffen wollen. Damit sollen die Partnerländer in ihren Bemühungen um die Einhaltung nationaler und internationaler Standards und im Management von Umweltrisiken unterstützt werden.

Für die Finanzierung stehen in wenigen Ländern noch laufende Mischfinanzierungslinien zur Verfügung. Die Nachfrage nach diesen ist jedoch gesunken, weshalb die Linien nicht mehr erneuert werden. Für neue Aktivitäten werden nicht-rückzahlbare, ungebundene Finanzierungszuschüsse zur Verfügung gestellt, die Eigenbeiträge der Empfänger erfordern.

*Stärkung der Finanzkapazität von Versorgungsbetrieben, Mobilisierung von Finanzmitteln:* Infrastrukturunternehmungen sind auf Grund politisch gegebener Rahmenbedingungen und mangelndem technischen und betriebswirtschaftlichen Know-how oft nicht in der Lage, eine ausreichende Finanzstärke zu entwickeln, um ihre Dienstleistung in hinreichender Qualität erbringen zu können und die notwendigen Investitionen zur Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktur zu tätigen. Das SECO unterstützt daher die Einführung privatwirtschaftlicher Ansätze in den öffentlichen Versorgungsbetrieben wie öffentlich-private Partnerschaften (Public-Private Partnerships, PPP) oder Kommerzialisierungen (Staatsbesitz, aber privatrechtliche Organisation). Dabei wird privatwirtschaftliches Know-how eingebracht und die finanzielle Performance und Kreditwürdigkeit der Unternehmung erhöht, so dass diese die notwendigen Finanzmittel beschaffen können und der «service public» grundlegend verbessert wird; die Stärkung der Finanzkapazität von Versorgungsbetrieben ist gleichzeitig eine gezielte, armutsreduzierende Massnahme.

Die Finanzierungszuschüsse und massgeschneiderten Massnahmen des SECO ermöglichen oder vereinfachen das Zustandekommen von PPP- und Kommerzialisierungsprojekten. Im Sinne der Geberharmonisierung werden neben bilateralen Projekten und Kofinanzierungen auch multilaterale Fazilitäten unterstützt.

*Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bereitstellung und den Betrieb effizienter und nachhaltiger Infrastruktur:* Für eine nachhaltige und ressourcenschonende Entwicklung der Infrastruktur sind strukturelle Reformen und Anpassungen der Sektorpolitiken, gesetzliche Grundlagen, eine klare Regulierung, eine gut ausbalancierte Tarif- und Subventionspolitik sowie fähige Institutionen erforderlich. Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass staatliche, privatrechtliche und private Infrastrukturunternehmungen effizient und kundenorientiert die Basisversorgung gewährleisten können. Im Hinblick auf eine verbesserte Überwachung sollen vermehrt auch die Kapazitäten der Empfängerstaaten für die Umsetzung und Erreichung von internationalen Umweltstandards im Infrastrukturbereich gestärkt werden.

Das SECO konzentriert sich dabei mehrheitlich auf eine Unterstützung derjenigen Sektorreformen, die in einem engen Zusammenhang mit konkreten Infrastrukturprojekten stehen. Der vom SECO geführte Politikdialog in Nischenbereichen ist eng mit dem Dialog anderer Geber, namentlich den multilateralen Finanzierungsinstitutionen, abgestimmt.

## Handelsförderung

Interventionsbereich	Operationeller Fokus	Aktionslinien
Förderung des Handels	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Handelsfördernde Rahmenbedingungen</li> <li>– Internationale Wettbewerbsfähigkeit</li> <li>– Verbesserung des Marktzugangs</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stärkung von Regierungsstellen in Bezug auf internationale Verhandlungen, nationale Handelsstrategien und weitere handelsrelevante Gesetze und Regulierungen, inkl. Arbeitsnormen und Umweltstandards sowie Rohstoffe.</li> <li>– Entwicklung von Ansätzen und Anwendung von Instrumenten zur Diversifizierung der Exporte und Durchführung von Handelserleichterungen (trade facilitation).</li> <li>– Institutionelle Strukturen zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen den Partnerländern und der Schweiz</li> <li>– Politikdialog über Handel und handelsbezogene Probleme sowie Rohstoffe</li> </ul>

Seit der Lancierung der jüngsten WTO- Runde 2001 in Doha hat das SECO die Massnahmen im Handelsbereich substanziell erhöht und kontinuierlich an die Bedürfnisse der Partnerländer angepasst. Dadurch konnte eine international anerkannte Kernkompetenz aufgebaut werden. Die Schweiz gehört somit seit Jahren zu den führenden Geberländern in diesem Bereich. Der internationale Handel von Gütern, Rohstoffen und Dienstleistungen ist ein wichtiger Entwicklungsmotor und kann entscheidend zur Reduktion der Armut beitragen. Voraussetzung für erfolgreichen internationalen Handel sind klare und stabile Rahmenbedingungen, sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene. Den Referenzrahmen bildet das multilaterale Regelwerk der WTO, das auch auf nationaler Ebene als Messlatte dient. Gleichzeitig müssen die Unternehmen befähigt werden, gemäss internationalen Normen, Standards und Labels zu produzieren. Dies trägt entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit bei und ermöglicht den Unternehmen und Produzenten, den Ansprüchen der internationalen Konsumenten zu entsprechen. Die Interventionen des SECO im Handelsbereich zielen darauf ab, den Partnerländern zu helfen, dieses Potenzial gezielt auszuschöpfen und gleichzeitig armutsrelevant zu gestalten.

Die Chancen, die durch die internationale Arbeitsteilung entstehen und neue Exportmöglichkeiten eröffnen, sollen gezielt genutzt werden. Durch Interventionen des SECO sollen die handelsrelevanten Kapazitäten auf Politik-, Institutions- und Unternehmensebene unter Berücksichtigung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gestärkt werden. Das SECO fokussiert seine Arbeit dabei auf drei Bereiche, die zentrale Elemente der internationalen Wertschöpfungsketten widerspiegeln und aufnehmen:

- a) Handelsfördernde Rahmenbedingungen
- b) Internationale Wettbewerbsfähigkeit
- c) Verbesserung des Marktzugangs

*Handelsfördernde Rahmenbedingungen:* Im Rahmen der handelsrelevanten Massnahmen des SECO konnten seit der Lancierung der WTO-Doha-Runde 2001 verschiedene zentrale Dienstleistungen für die ärmsten Entwicklungsländer aufgebaut werden. Diese Initiativen erlauben, gezielte Dienstleistungen zu den Kernkompetenzen des SECO über die multilateralen Partnerschaften mit UNCTAD, UNIDO und ITC bereitzustellen, komplementär zu den Aktivitäten der DEZA in diesen Ländern.

Die Stärkung handelspolitischer Expertise (in Bezug auf WTO, Freihandels- und Regionalabkommen) in Partnerländern und die Beratung bei der Umsetzung der daraus entstehenden Verpflichtungen und Ansprüche stehen auf der politischen Ebene im Vordergrund. Gleichzeitig sollen die handelsrelevanten Rahmenbedingungen in den Partnerländern handelsfreundlich ausgestaltet werden und in einer Weise, die auch Kohärenzfragen berücksichtigt. Ein zentraler Aspekt betrifft Standardisierungs- und Zertifizierungsfragen vor dem Hintergrund erhöhter internationaler Ansprüche bezüglich Produktesicherheit, Gesundheits- und Konsumentenschutz sowie Einhaltung von ökologischen und sozialen Mindestkriterien. Das SECO interveniert einerseits im institutionellen Bereich und bei der Erstellung, Verwaltung und Verifizierung von Normen, Standards und Labels, andererseits bei der Anwendung von Konformitäts- und Qualitätsnachweisen. Andere wichtige Gebiete der Politikberatung, bei denen das SECO auf erfolgreichen Erfahrungen aufbauen kann, betreffen die Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums, die Stärkung der Wettbewerbspolitik sowie inskünftig auch den Dienstleistungssektor.

*Internationale Wettbewerbsfähigkeit:* Im Hinblick auf die effizientere Vermittlung und internationale Vernetzung von KMUs arbeitet das SECO seit Jahren mit dem internationalen Handelszentrum in Genf (ITC) zusammen. Dank dieser starken Partnerschaft konnten verschiedene modular aufgebaute Projekte zur Stärkung lokaler Exportförderorganisationen und Handelskammern umgesetzt werden. Diese Arbeit wird in den nächsten Jahren, unter verstärkter Berücksichtigung elektronisch gestützter Beschaffungs- und Vertriebsmöglichkeiten, fortgeführt.

Die steigende Nachfrage nach umwelt- und sozialkonformen Produkten kann in den Entwicklungsländern gezielt zur Förderung entsprechender Produktionsbedingungen genutzt werden: Damit kann die Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Wohlfahrt, unter Einbezug des ökologischen Mehrwerts, gesteigert werden.

Die Interventionen des SECO beruhen auf bereits getesteten, am Markt bewährten Instrumenten, die sowohl für die ärmeren wie auch für die fortgeschrittenen Entwicklungsländer relevant sind. Das SECO arbeitet mit der UNIDO sowie mit schweizerischen Know-how-Trägern wie der EMPA und Fachhochschulen zusammen sowie mit lokalen Dienstleistern, den sog. Cleaner Production Centers (CPC), die einen gezielten Technologietransfer ermöglichen. Zusätzlich sollen vermehrt auch soziale Kriterien berücksichtigt werden.

Insgesamt wird der schonende Umgang mit Energie und die Vermeidung klimaschädlicher Emissionen noch stärker als bisher gefördert. Dazu zählen die ressourcenschonende und effiziente Energienutzung im industriellen Bereich, der Aufbau und die Anwendung freiwilliger Standards und Labels für neue erneuerbare Energie (insbesondere Agrotreibstoffe) sowie die Unterstützung von Entwicklungsländern

bei der Entwicklung eigener Klimapolitiken und der Nutzung der flexiblen Mechanismen (Clean Development Mechanisms, CDM) des Kyoto-Protokolls. Die Beteiligung des SECO am Carbon Finance Assist Programm der Weltbank ergänzt diese Ausrichtung in Bezug auf den Aufbau nationaler Behörden für die Bewilligung von CDM-Projekten.

*Verbesserung des Marktzugangs:* Ergänzt werden diese Interventionen mit gezielten, weiterentwickelten Massnahmen auf der Beschaffungsseite. Dazu gehören die Gewährung von Präferenzzöllen durch die Schweiz für Güter aus Entwicklungsländern und die Leistungen des Importförderungsprogramms SIPPO (Swiss Import Promotion Programme). Beide Programme verbinden die Exportinteressen der Entwicklungsländer mit der Nachfrage des schweizerischen und europäischen Marktes.

Im Bereich agrarischer Rohstoffe spielt die Schweiz als global bedeutendes Zentrum für den Rohstoffhandel (Baumwolle, Kaffee, Kakao etc.) und Standort wichtiger Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie eine zentrale, weit über die Landesgrenzen ausstrahlende Rolle. Das SECO nutzt dieses Umfeld für seine Aktivitäten: In Ergänzung zur Vertretung der Schweiz in den multilateralen Rohstoffhandelsorganisationen, die sich verstärkt mit Nachhaltigkeitsfragen befassen, arbeitet es gemeinsam mit der Weltbank in den Partnerländern beim Aufbau von marktwirtschaftlichen Mechanismen zur Eindämmung der negativen Auswirkungen der Preisfluktuationen auf Rohstoffproduzenten.

Ergänzend zum Politikdialog auf staatlicher Ebene unterstützt das SECO in einzelnen Sektoren den Aufbau und die Institutionalisierung gemischter Interessenforen zur Förderung von Nachhaltigkeitskriterien für den Massenmarkt. Dabei baut das SECO auf seinen Erfahrungen zur Förderung von Fairtrade-Labels auf; es berücksichtigt dabei die verstärkten internationalen Harmonisierungsbestrebungen

Im Bereich der globalen Umweltkonventionen engagiert sich das SECO in den Partnerländern nebst dem Klimabereich auch stark für die handelsrelevante Umsetzung der Biodiversitätskonvention. Die Schweiz unterstützt dabei in Partnerschaft mit der UNCTAD auch konkrete Vorhaben zum Access & Benefit Sharing.

## **Entwicklung des Privatsektors und Investitionsförderung**

Interventionsbereich	Operationeller Fokus	Aktionslinien
Entwicklung des Privatsektors, um inländische und ausländische Investitionen zu fördern	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verbesserung des Geschäftsumfelder</li> <li>– Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für Unternehmen und Verbesserung der Effizienz des Finanzsektors</li> <li>– Nachhaltiges Unternehmertum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Politikdialog über das Investitionsklima</li> <li>– Stärkung des institutionellen Rahmens für den Privatsektor, mit Akzent auf rechtlichen und regulatorischen Hindernissen</li> <li>– Mittelfristige Unternehmensfinanzierung</li> <li>– Entwicklung von Finanzprodukten und innovativen Finanzierungsmechanismen</li> <li>– Entwicklung von Management-Kompetenz für KMU, Berufsverbände und Finanzintermediäre</li> </ul>

Der Privatsektor spielt eine herausragende Rolle für nachhaltiges Wirtschaftswachstum; Privatinvestitionen machen im Durchschnitt rund zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Entwicklung der privaten Wirtschaftstätigkeit hängt also weitgehend von inländischen und ausländischen Investitionen ab. Private Firmen, von denen die meisten kleine und mittlere Unternehmen sind, schaffen Arbeitsplätze, führen neue Technologien ein, helfen das Steueraufkommen zu erhöhen und spielen eine Schlüsselrolle bei der schrittweisen wirtschaftlichen Integration auf regionaler und globaler Ebene. Private Investitionen sind jedoch nur möglich, wenn die betreffenden Länder eine geeignete Wirtschaftspolitik und einen günstigen institutionellen Rahmen aufweisen. Im Konkreten fokussiert das SECO seine Aufgaben auf drei Bereiche, die für die Förderung des Privatsektors verantwortlich sind; dies insbesondere auf dezentraler Ebene (Gemeinden, Regionen etc.):

- a) Verbesserung des Geschäftsumfelds (*investment climate*)
- b) Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für Unternehmen und Verbesserung der Effizienz des Finanzsektors (*financial sector deepening*)
- c) Bildung eines nachhaltigen Unternehmertums

*Verbesserung des Geschäftsumfelds:* Die Gesamtheit der Gesetze, Regeln und administrativen Verfahren ist ausschlaggebend für das Geschäftsumfeld von Unternehmen und die Beziehungen zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Diese Rahmenbedingungen bilden Anreize oder Hindernisse für den Handel, beeinflussen die Produktions- und Transaktionskosten für Firmen und spielen eine entscheidende Rolle für deren Wachstumsperspektiven und ihr Integrationspotential in die Weltwirtschaft. Das SECO will bei den wichtigsten Hindernissen ansetzen, die sich auf die Entwicklung der Investitionen und Privatunternehmen auswirken, um das generelle Investitionsklima für Unternehmen zu verbessern. In enger Partnerschaft mit multilateralen und regionalen Institutionen, mit denen das SECO in den letzten Jahren bewährte Arbeitsbeziehungen aufgebaut hat (Internationale Finanzierungsgesellschaft, FIAS.), konzentriert sich die Tätigkeit auf rechtliche und regulatorische Hindernisse betreffend Markteintritt und -austritt von Unternehmen (insbesondere KMU). Bei den Hindernissen, auf die sich die technische Hilfe und die Verbesserung der Kapazitäten bezieht, handelt es sich insbesondere um die Reform der Unternehmensregistrierung und -lizenzierung, das Inspektionswesen und den regulatorischen Rahmen für Finanzprodukte. Zudem beabsichtigt das SECO, seine Unterstützung in für den Unternehmensaufschwung von KMU entscheidenden Bereichen wie dem System der Eigentumsrechte, der Vertragsumsetzung und des Steuerwesens auszubauen. Diese technischen Hilfsmassnahmen stützen sich auf einen regelmässigen Politikdialog mit den Behörden der Empfängerländer (insbesondere auf dezentraler Ebene) und den betreffenden Berufsverbänden, um in enger Abstimmung mit den Geldgebern den Wissenstransfer auf der Grundlage internationaler Best Practices zu gewährleisten.

*Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für Unternehmen und Verbesserung der Effizienz des Finanzsektors:* Für zahlreiche Unternehmen in fortgeschritteneren Entwicklungsländern stellt der Zugang zu langfristigen Finanzierungsmöglichkeiten das grösste Entwicklungshindernis dar. Der Zugang zu den lokalen und internationalen Finanzmärkten ist begrenzt, wenigen Grossunternehmen in städtischen Zentren vorbehalten oder die Finanzintermediäre interessieren sich mehr für Konsumkredite. Das SECO beabsichtigt weiterhin, subsidiär zum Markt mit Finanzierungsinstru-

menten und technischer Hilfe einzugreifen, um mittels einer Hebelwirkung private Finanzflüsse zu stimulieren.

Das SECO wird die Förderung von Beteiligungsfinanzierungen fortführen. Diese Massnahmen werden von Sifem (*Swiss Investment Fund for Emerging Markets*) bereitgestellt, der 2008 als Entwicklungsfinanzierer institutionalisiert wird. Dadurch kann Sifem sein Portfolio nicht nur vergrössern, sondern auch diversifizieren, und zwar durch hauptsächlich indirekte Beteiligungen an Risikokapitalfonds sowie durch Darlehen und Kreditlinien für Finanzintermediäre (Mikrofinanzbanken, Leasinggesellschaften, lokale Geschäftsbanken). Im Zentrum der Tätigkeit von Sifem steht die Mobilisierung privater Kapitalflüsse in der Schweiz und den Partnerländern. Diese Investitionsgeschäfte stellen ein erfolgversprechendes Entwicklungsmodell dar: Jeder in einen Risikokapitalfonds investierte Franken generiert durchschnittlich 12 Franken in der lokalen Wirtschaft der Partnerländer.

Zugleich legt das SECO den Akzent auf den Ausbau von innovativen Finanzierungsprodukten und die Stärkung der Infrastruktur des Finanzsektors, um Unternehmen und Haushalten einen besseren Zugang zu Finanzdienstleistungen zu ermöglichen und damit die Effizienz der Finanzintermediation zu erhöhen. Das gute Funktionieren des Finanzsektors ist ein Eckpfeiler eines nachhaltigen Wachstums des Privatsektors. Das SECO beabsichtigt, sowohl auf der Ebene von Kreditinstrumenten als auch auf der Ebene traditionellerer Bankdienstleistungen (Sparen, Banküberweisungen) und Versicherungen zur Entwicklung von attraktiven Finanzprodukten beizutragen. Der Fokus liegt auf Innovation, einschliesslich Leasing-Produkten, Hypothekarkrediten, Kreditlinien für KMU und «grünen Kreditlinien», die Investitionen in umweltschonende Technologien fördern, Finanzdienstleistungen unter Verwendung von Mobiltelefonie, Dienstleistungen in Verbindung mit Rücküberweisungen (*Remittances*) und Versicherungsprodukten. Auf der Ebene der Systemarchitektur des Finanzsektors wird das SECO der ganzen Frage der Finanzinformation für Finanzintermediäre einen besonderen Stellenwert einräumen und den Aufbau von Kreditbüros sowie die Anwendung von anerkannten Rechnungslegungs- und Revisionsstandards unterstützen. Die Umsetzung des gesamten Ansatzes erfolgt mittels einer stark ausgebauten Partnerschaft mit den multilateralen Agenturen (Internationale Finanzierungsgesellschaft) und privaten Akteuren in der Schweiz und im Ausland.

*Bildung eines nachhaltigen Unternehmertums:* Neben dem institutionellen und rechtlichen Rahmen erfolgt die Stärkung der Rolle des Privatsektors auch über eine Verbesserung der Kapazitäten von KMU, Finanzintermediären oder Anbietern von Dienstleistungen für Unternehmen in spezialisierten Bereichen wie den Grundsätzen der Rechnungslegung, Unternehmensführung, Berücksichtigung von Sozial- und Umweltnormen und der Corporate Governance. Einer der Bereiche, in dem das SECO weiterhin eine führende Rolle spielen wird, ist die Frage des Corporate Governance, sei es anhand von Investitionen oder anhand von Sonderprogrammen zur Stärkung der Kapazitäten. Dafür kann sich das SECO auf eine wirkungsvolle Partnerschaft mit der Internationalen Finanzierungsgesellschaft und auf die Arbeit des «Global Corporate Governance Forum» stützen, zu deren Gründungsmitglieder das SECO gehört. Das SECO beabsichtigt zudem, seine Tätigkeit im Bereich des Managements von Finanz- und Umweltrisiken auf Ebene der Finanzintermediäre und der Unternehmen auszubauen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Fragen der Nachhaltigkeit gelegt wird.

Die Berücksichtigung gewisser Transversalthemen ist unerlässlich, um die Ziele eines nachhaltigen Wachstums und der Integration von Ländern in die Weltwirtschaft zu erreichen. Das SECO konzentriert sich dabei auf zwei für die fortgeschritteneren Entwicklungsländer besonders relevante Hauptthemen, zu denen es einen echten Mehrwert beisteuern kann:

- *Klima, Energie und Umwelt*: Der schonende Umgang mit Umweltressourcen ist eines der Grundprinzipien der Nachhaltigkeit und muss deshalb in Zukunft besser berücksichtigt werden. Das rasante Wirtschaftswachstum der letzten Jahre geht zulasten der Umwelt hinsichtlich Ressourcenverbrauch und Verschmutzung. Sich verschlechternde Umweltbedingungen schränken nicht nur die Lebens- und Standortqualität ein, sondern sie werden immer mehr zu einem limitierenden Faktor für wirtschaftliches Wachstum. Ökologische Externalitäten müssen deshalb besser in wirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden – dies ist auch ökonomisch sinnvoll, besteht doch auch der Markt, vor allem der internationale, zunehmend darauf. Insbesondere der durch menschliche Tätigkeiten beschleunigte Klimawandel verlangt nach dringenden Massnahmen. Während für ärmere Entwicklungsländer Massnahmen der Adaptation an sich verändernde Umweltbedingungen Vorrang haben, müssen fortgeschrittenere Entwicklungsländer auf der Verursacherseite durch Mitigationsmassnahmen (inkl. dem Einsatz moderner Technologie) aktiver werden. Namentlich eine höhere Energieeffizienz hat höchste Priorität, gerade für die fortgeschritteneren Entwicklungsländer mit hohen Wachstumsraten und energieintensiven Wirtschaftssektoren. Aber auch in den Bereichen Wasser und Abwasser, Luftverschmutzung, Ressourcenverbrauch oder Produktstandards besteht dringender Handlungsbedarf. Der Massnahmenkatalog allein im wirtschaftlichen Bereich ist gross und beinhaltet unter anderem die Stärkung von Sektorpolitiken und Institutionen, die Einführung moderner Technologien und spezifischer Umwelttechnologien, eine optimierte Planung und verbesserte Abläufe, Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Investitionsprojekten oder verbesserte Produkte- und Produktionsstandards. Das Thema hat transversalen Charakter und kann durch effiziente wirtschaftliche Marktinstrumente, Anreize und Regulierungen, angepasste Technologiewahl sowie Aufklärung verbreitete Anwendung erlangen. Angesichts der Dringlichkeit müssen Massnahmen auf der internationalen Ebene genauso vorangebracht werden wie auf der nationalen und der Mikroebene einzelner Firmen. Teils bestehen funktionierende Vorlagen, teils müssen sie situationsgerecht angepasst oder neu entwickelt werden. Das SECO hat in allen seinen Interventionsbereichen einschlägige Erfahrung und Fachkenntnisse und stimmt diese mit den anderen zuständigen Fachämtern (BFE, BAFU) ab. Es fördert diese in seinen Operationen und baut sie in seinem Netzwerk mit Schweizer und internationalen Partnern weiter aus.
- *Wirtschaftliche Gouvernanz, Unternehmens-Gouvernanz und Korruptionsbekämpfung*: Das gute Funktionieren der Märkte wird durch formelle und informelle Regeln, die die Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Sektor sowie der Zivilgesellschaft bestimmen, beeinflusst. Diese Regeln sind ausschlaggebend für die Gewährleistung eines Wirtschaftswachstums, das der ganzen Gesellschaft zugute kommt. Zudem ist die Konformität die-

ser Regeln mit Standards und international anerkannten Best Practices im Kontext verstärkter Globalisierung unabdingbar für die Integration von Ländern in die Weltwirtschaft und vor allem für die wachstumsfördernde Wirkung der Privatinvestitionen. Diese Regeln betreffen sowohl die sich aus der staatlichen Tätigkeit ergebenden Rahmenbedingungen (Geschäftsumfeld, Steuersystem, Handelstarife und -regeln) als auch das Funktionieren der Unternehmen (Transparenz, Funktionieren der Verwaltungsräte etc.). Mit seinen verschiedenen Instrumenten setzt sich das SECO dafür ein, dass diese Aktivitäten zur ökonomischen Gouvernanz beitragen, also zum Ausbau von Regeln, Institutionen und Unternehmen, die sich entsprechend den internationalen Standards der bestehenden Best Practices auf die Grundsätze der Transparenz, der Rechenschaftspflicht (*accountability*) und der Vorhersehbarkeit stützen. Die Anwendung dieser Grundsätze erlaubt zudem, Gelegenheiten zur Korruption einzuschränken. Dafür wird das SECO die auf den internationalen Märkten und in der Schweiz bestehende Fachkompetenz aufbieten, damit den Partnerländern das bestmögliche Know-how zugute kommt.

Diese Themen gelangen transversal in allen Massnahmen des SECO zur Anwendung.

## 2.3 **Aufgabengebiet 2: Die Schweiz in internationalen und multilateralen Finanzierungsinstitutionen vertreten und ihre Politik mitgestalten**

### *Aufgabengebiet 2*

Das SECO gestaltet die Politik der internationalen Finanzierungsinstitutionen, d.h. der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken (zusammen mit der DEZA), sowie der handelsbezogenen Organisationen der UNO, damit diese wirksam und effizient zur internationalen Zusammenarbeit und Entwicklung beitragen.

### **Hintergrund**

Die Bedeutung der multilateralen Institutionen für entwicklungspolitische, wirtschaftliche und finanzpolitische Anliegen nimmt stetig zu. Sie sind zuständig für die Ausarbeitung internationaler Übereinkommen und spielen eine Schlüsselrolle beim Management der Globalisierungsprozesse, bei der Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, bei der Armutsbekämpfung sowie hinsichtlich des Umgangs mit natürlichen Ressourcen. Der Bundesrat anerkennt ihre oft führende Rolle bei der Behandlung globaler Herausforderungen. Er hat deshalb ihre Bedeutung, allen voran die der Bretton Woods Institutionen mit ihrer globalen Reichweite und grossen Kapazitäten, ausdrücklich anerkannt. Die multilateralen Institutionen sind eine wesentliche Ergänzung zur bilateralen Unterstützung der Geberländer, und zwar aus den folgenden Gründen:

- Die multilateralen Institutionen sind Wissenszentren, in denen globale Erfahrungen und Forschungsergebnisse zusammen laufen, von denen alle Entwicklungsländer und Entwicklungsorganisationen einen grossen Nutzen ziehen. Sie nehmen in Hinblick auf ein globales Governance-System eine Vorreiterrolle ein bei der Festlegung von gemeinsamen Standards, Richtlinien und Vorgehensweisen sowie bei der Verbreitung innovativer Ansätze, beispielsweise bezüglich der guten Regierungsführung, der Wirksamkeitsorientierung oder anderer optimaler Verfahren (*best practice*).
- Sie geniessen aufgrund ihrer Grösse und ihrer Fachkompetenz einen privilegierten Zugang im Politikdialog und können damit die Einbindung der Unterstützung in die notwendigen strukturellen Reformen gewährleisten. Sie sind prädestiniert, die regionale Integration und die globale Kooperation zu fördern. Weil sie alle Entwicklungsländer einer Region oder weltweit zu ihren Partnern zählen, können Mitglieder ihre bilaterale operationelle Ausrichtung fokussieren und gleichzeitig das Prinzip der Universalität respektieren.
- Die multilateralen Institutionen verfügen über einen Grössenvorteil, der bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wesentlich ist. Sie sind mit finanziellen Ressourcen ausgestattet, welche die Finanzierung auch von grossen Strukturanpassungsprogrammen und Infrastrukturvorhaben ermöglichen.
- Die gemischte Mitgliedschaft und die von allen Mitgliedsländern getragene Leitung der Institutionen stützt ihre Legitimität, namentlich in den regionalen Entwicklungsbanken, in denen die Länder des jeweiligen Kontinents die Mehrheit haben. Gleichzeitig erlaubt die unmittelbare Teilnahme in den Entscheidungsgremien eine erhebliche direkte Einflussnahme.

Die multilateralen Institutionen haben ihre strategische Ausrichtung und ihre operationellen Ansätze über die letzten Jahre hinweg aktualisiert, um ihre Rolle als attraktive Partner für ärmere und für fortgeschrittenere Entwicklungsländer vor sich verändernden Rahmenbedingungen zu bewahren und hohe Standards zu erfüllen (vgl. Wiederauffüllungen der Entwicklungsfonds oder *Middle-Income Strategy* der Weltbank).

Für die Zukunft verlangen insbesondere die Ausgestaltung von internationalen Regeln oder weitere Liberalisierungsschritte einen noch besseren Einbezug der Entwicklungsländer, damit die Ergebnisse möglichst nachhaltig und entwicklungsrelevant sind. Dies zeigt sich in den Diskussionen über die Reformen und die strategische Neuorientierung verschiedener internationaler Finanzierungsinstitutionen, in internationalen Verhandlungen wie der WTO-Doha-Runde oder den Klimaverhandlungen. Die Weltbank sowie ausgewählte Spezialorganisationen der UNO (z.B. UNCTAD, UNIDO, ITC) werden im Hinblick darauf eine wesentliche Rolle einnehmen, beispielsweise im Bereich Aid for Trade oder der Konzipierung und Finanzierung von Klimamassnahmen.

Die Zusammenarbeit der Schweiz mit diesen Institutionen ist vielfältig. Zunächst ist sie Mitglied und/oder Miteigentümerin dieser Institutionen. In dieser Funktion beteiligt sie sich in den Leitungsorganen dieser Institutionen und entscheidet sie mit über deren strategische Ausrichtung, wichtige Programme und Projekte sowie deren Organisation. In dieser Funktion beteiligt sie sich zudem auch an der Äufnung von konzessionellen Fonds (IDA, AfDF, etc.). Daneben leistet die Schweiz jedoch auch

gezielt Programmbeiträge in Bereichen, in denen sie die Aktivitäten bestimmter Institutionen unterstützen will. Zudem können diese Institutionen auch als eigentliche Durchführungsstellen für die Abwicklung konkreter Programme dienen (z.B. ITC, UNIDO, etc.). In gewissen Fällen fungieren sie auch als Administrator von sogenannten multi-bilateralen Fonds (z.B. die Weltbank für die FIRST Initiative, PPIAF, etc.). Schliesslich kann die Schweiz auch Kofinanzierungen von konkreten Projekten leisten. Die Zusammenarbeit mit den multilateralen Institutionen ist somit vielfältig und komplementär zu den bilateralen Programmen.

## Institutionen

Für das SECO steht die Mitgliedschaft in der Weltbankgruppe sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank im Vordergrund. Die Weltbankgruppe umfasst neben der IBRD und der IDA die IFC, welche für Investitionen in private Unternehmen und Projekte zuständig ist, die MIGA als Anbieter von Versicherungen für private Investitionen sowie das *International Centre for Settlement of Investment Disputes* (ICSID). Ein optimiertes Zusammenwirken dieser historisch gewachsenen Institutionen stellt eine wichtige Aufgabe bei ihrer Führung dar. Die Teilnahme an den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen des Entwicklungsausschusses der Weltbank, an welchen die meisten Staaten durch ihre Finanz- oder Wirtschaftsministerinnen oder -minister vertreten sind, sowie an den Jahresversammlungen all dieser Institutionen bietet der Schweiz die Gelegenheit, am politischen Dialog auf höchster Ebene teilzunehmen.

Tabelle 3

## Die Internationalen Finanzierungsinstitutionen

Institution/Kapital (2006)	Institution/Schweizer Kapital und Fondsanteile	Kredite und Zuschüsse an die EL (total; Verpflichtungen 2006, in USD)
IBRD: 189.72 Mia. USD IFC: 2.37 Mia. USD MIGA: 1.89 Mia. USD	Weltbankgruppe (IBRD, IDA, IFC, MIGA, ICSID) IBRD Kapitalanteil: 1.69 % , (IDA: 2.1%)	IBRD: 14.1 Mia. (60 %) IDA: 9.5 Mia. (40 %) IFC: 6.7 Mia. (Privatsektor)
AfDB: 32.90 Mia. USD	Afrikanische Entwicklungsbank Kapitalanteil: 1.46 % (AfDF: 2.3 %)	AfDB: 1.6 Mia. (40 %) AfDF: 2.4 Mia. (60 %)
AsDB: 53.17 Mia. USD	Asiatische Entwicklungsbank Kapitalanteil: 0.59 % (AsDF: 1.2 %)	AsBD: 6.1 Mia. (77 %) AsDF: 1.8 Mia. (23 %)
IADB: 100.95 Mia. USD	Interamerikanische Entwicklungsbank Kapitalanteil: 0.47 % (FSO: 0.7 %)	IDB: 5.7 Mia. (90 %) FSO: 0.6 Mia (10 %)

Daneben sind weitere internationale und multilaterale Organisationen im wirtschafts- und handelspolitischen Bereich bedeutsam. WTO, UNCTAD, UNIDO, ILO, ITC, AITIC, ACWL sind auf unterschiedliche Weise zuständig für ein stabiles Welthandelssystem, die Anwendung von Umwelt-, Sozial- und anderen Standards sowie generell die angemessene Einbindung der Entwicklungsländer in die globale Wirtschaft. Dazu kommen verschiedene internationale Rohstofforganisationen (z.B. ITTO für Tropenholz, ICO für Kaffee, ICAC für Baumwolle, etc.). Mit diesen Institutionen pflegt das SECO jahrelange Partnerschaften und beteiligt sich aktiv in den Steuerungsgremien.

### **Prioritäten der Zusammenarbeit**

Im institutionellen Dialog mit diesen Institutionen übt die Schweiz ihre Mitwirkungsrechte aus und vertritt in Abhängigkeit von den anstehenden Fragestellungen entwicklungspolitische Anliegen bzw. darauf abgestimmte aussen- und ausenwirtschaftliche Interessen. Sie beteiligt sich als aktive Partnerin an den regelmässig stattfindenden Wiederauffüllungen der konzessionellen Fonds. Sie koordiniert sich mit anderen gleichgesinnten Mitgliedstaaten, um ihren Einfluss zu erhöhen und strategische sowie politische Anpassungen durchzusetzen. Dabei kommt ihrem Einsatz in den Leitungsorganen, insbesondere der permanenten Vertretung der Schweiz im Exekutivrat der Weltbank, grosse Bedeutung zu. Dank enger Arbeitsbeziehungen mit ausgewählten operationellen Einheiten steuert sie die strategische und operationelle Orientierung dieser Organisationen mit und beteiligt sich an gemeinsamen Programmen und Projekten, bzw. ist daran beteiligt, bewährte bilaterale Ansätze in Partnerorganisationen zu etablieren und einer breiteren Gruppe von Entwicklungsländern zugänglich zu machen. Gleichzeitig profitiert die Schweiz in ihren eigenen Tätigkeiten in hohem Mass von der Fachkompetenz und der globalen Erfahrung dieser Institutionen.

Das SECO setzt, in Konsultation mit anderen Bundesstellen, klare thematische Schwerpunkte für den institutionellen und operationellen Dialog mit den multilateralen Finanzierungsinstitutionen und für die Wiederauffüllungsverhandlungen. Es unterstützt die für Handelsfragen zuständigen UN-Organisationen und internationalen Rohstofforganisationen in ihrer spezifischen Funktion. Es nutzt dabei die Fachkompetenz seiner Spezialistinnen und Spezialisten und die Nähe zum UN-Standort Genf, welcher für Handels-, Sozial- und Umweltfragen führend ist.

Eine weitere Priorität bildet die Förderung der Kohärenz der Politiken in den bedeutenden weltwirtschaftlichen multilateralen Institutionen (v.a. OECD, WTO, ILO, Weltbank). Als federführendes Amt für die Beziehungen zu den multilateralen Finanzierungsinstitutionen und den handelsbezogenen UN-Organisationen geht das SECO auch auf die Anliegen anderer Bundesämter gegenüber diesen Institutionen ein und vertritt sie in den Leitungsgremien. Es unterstützt auch einen wachsenden Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den multilateralen Institutionen.

Die Finanzmittel werden für die Wiederauffüllungen der konzessionellen Kreditfenster der Weltbank (IDA) und der regionalen Finanzierungsinstitutionen eingesetzt. Wiederauffüllungsverhandlungen finden in der Regel alle drei Jahre statt und erlauben den Geberstaaten, eine Bestandaufnahme der Leistungen der Fonds vorzunehmen und die strategischen und operationellen Prioritäten für die kommenden Jahre anzupassen. Kapitalaufstockungen stehen nicht an und würden gegebenenfalls über separate Rahmenkredite beantragt. Daneben werden weiterhin Mittel auch für die Finanzierung multilateraler Entschuldungsinitiativen (HIPC; MDRI) benö-

tigt, die bei der IDA in die Wiederauffüllungen integriert sind. Das SECO nutzt dabei seine Erfahrung mit Entschuldungsmassnahmen. Mit diesen Initiativen werden die multilateralen Schulden der ärmsten Länder gegenüber diesen Institutionen vollständig erlassen, sofern zentrale Grundbedingungen erfüllt sind. Damit die finanzielle Kapazität der betroffenen Institutionen durch den Schuldenerlass nicht geschwächt wird, haben die Geberstaaten beschlossen, die anfallenden Ausstände durch zusätzliche Beiträge laufend zu decken. In diese Periode fallen Wiederauffüllungen mit bedeutenden Verpflichtungen, namentlich IDA15 und 16, FAD11, AsDF10 und 11 sowie die nächsten Phasen der MDRI. Die Schweizer Beteiligung an diesen Wiederauffüllungen und der multilateralen Entschuldungsinitiative wird aus dem von der DEZA beantragten Verpflichtungskredit und Budget finanziert (vgl. Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten der Entwicklungsländer).

Die handelsbezogenen UN-Organisationen werden aus ordentlichen Beiträgen bzw. durch spezifische Programmbeiträge finanziert. Schliesslich sind Aktivitäten des SECO zur Unterstützung des institutionellen Dialogs, Kofinanzierungen, Konsulententreuhandfonds und die Detachierung von Personal («*Secondments*») in der vorliegenden Botschaft eingeschlossen.

### **Ziele und Indikatoren**

Im Rahmen dieses Aufgabengebiets verfolgt die Schweiz folgende Ziele:

- Die multilateralen Institutionen geben den zentralen Themen der Armutsreduktion sowie der wirtschaftlichen Globalisierung (inkl. Handel, nachhaltiges Wachstum, Externalitäten) hohe Priorität und berücksichtigen neben den Vorteilen auch die negativen Auswirkungen.
  - Indikator: Stellung dieser Themen in den Beschlüssen und Strategien der Banken; Erreichung der MDGs
- Die Weltbankgruppe und die regionalen Entwicklungsbanken sowie die wirtschaftlichen Unterorganisationen der UNO verstärken weiter ihre resultatorientierte Vorgehensweise. Die Wirksamkeit ihrer Arbeit wird besser gemessen und der Öffentlichkeit kommuniziert.
  - Indikator: Leistungsausweis hinsichtlich Erreichung der Zielvorgaben
- Die Institutionen konzentrieren sich auf ihre komparativen Vorteile und Bereiche mit hoher Wirksamkeit und entwickeln eine klare internationale Arbeitsteilung, die sich durch komplementäre Dienstleistungen und enge Koordination auszeichnet, insbesondere zwischen der Weltbankgruppe, den regionalen Entwicklungsbanken und den UN-Sonderorganisationen sowie den bilateralen Gebern.
  - Indikator: Bewertungen (z.B. MOPAN); Rückmeldungen aus Koordinationsbüros
- Die verschiedenen Institutionen entwickeln ihr Instrumentarium laufend weiter und stimmen es auf die Bedürfnisse der einzelnen Entwicklungsländer ab, ohne dass grundlegende Minimalstandards aufgeweicht werden.
  - Indikator: Bewertung im Rahmen der Pariser Deklaration
- Die Schweiz beteiligt sich an der Finanzierung der Entwicklungsfonds und anderen multilateralen Initiativen im Verhältnis zu anderen Gebern und zum konkreten Nutzen, den sie aus der wirtschaftlichen Globalisierung zieht.

Dadurch soll die Position der Schweiz unter den mittleren Gebern gehalten und auch ihre Einflussmöglichkeit in den Leitungsorganen gestärkt werden.

- Indikator: Lastenanteil; Sicherung der Stellung der Schweiz in den Leitungsgremien der internationalen Finanzierungsinstitutionen
- Als regionale oder globale Entwicklungsinstitutionen erfüllen die multilateralen Institutionen höchste Anforderungen an die eigene Unternehmensführung. Dazu gehören auch eine angemessene Mitwirkung aller Länder in den Entscheidungsgremien, ein transparentes Wahlverfahren für Präsidentinnen oder Präsidenten, die systematische Verhinderung der Korruption sowie Transparenz und Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit.
  - Indikator: Zusammensetzung Leitungsorgane; internationale Reputation
- Das SECO strebt strategische Partnerschaften mit diesen Institutionen an zur Maximisierung der Synergien mit seinen eigenen Instrumenten und Tätigkeiten sowie zur gezielten Teilnahme am internationalen Dialog.
  - Indikator: Anzahl Partnerschaften

Die Ziele werden bei multilateralen Finanzierungsinstitutionen durch die Gemeinschaft der Mitgliedländer bestimmt. Einzelmitglieder können jedoch durch hohe Qualität ihrer Interventionen und geschickte Allianzen die Agenden massgebend mitbestimmen und die Institutionen für die erzielten Resultate verantwortlich machen.

## **2.4 Übergangsbestimmungen**

Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit des SECO hat seine Anpassungsfähigkeit vor dem Hintergrund veränderter internationaler und nationaler Rahmenbedingungen unter Beweis gestellt. Die in dieser Botschaft dargelegte Aufgabenausrichtung stellt für die wirtschaftliche Zusammenarbeit des SECO eine Anpassung im Rahmen der nationalen und internationalen Arbeitsteilung dar. Alle bestehenden Engagements mit Partnern werden erfüllt, damit einerseits die laufenden Aktivitäten ihre Ziele erreichen und andererseits kein reputationeller Schaden entsteht. Zudem stellen die laufenden Aktivitäten das Produkt einer mehrjährigen Lernerfahrung dar, welche auch in Zukunft genutzt und kapitalisiert werden soll. Gleichzeitig wird der Ausbau des Programms in den Schwerpunktländern intensiviert. Es ist deshalb mit einer Übergangszeit zu rechnen. Die unter Ziffer 2.2 und 2.3 aufgeführten Ziele für die bevorstehende Periode müssen vor diesem Hintergrund bewertet werden. Der Bundesrat informiert über die Umsetzung in seinen Aussenwirtschaftsberichten.

## **3 Auswirkungen**

### **3.1 Finanzielle Auswirkungen**

Abgestützt auf die Finanzplanung des Bundes mit einem APD-Volumenziel von 0.4 Prozent beantragt der Bundesrat mit der vorliegenden Botschaft für die Umsetzung der oben dargelegten Aufgaben einen Rahmenkredit von 800 Millionen Franken

über den Zeitraum von 2008–2012 (vier Jahre). Der Umfang des vorliegenden Rahmenkredits basiert auf den Vorgaben von Budget und Finanzplanung.

*Ausschöpfung des bisherigen Rahmenkredits:* Die Mittel werden voraussichtlich bis Herbst 2008 vollständig verpflichtet sein. Der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des siebten Rahmenkredits bestehende Restbetrag des 6. Rahmenkredits wird gestrichen.

Aufgabengebiet	Bilateral	Multilateral
	Schwerpunktländer	
	Globale, regionale Massnahmen und ergänzende Massnahmen in DEZA-Schwerpunktländern	
1. Das SECO unterstützt den entwicklungs-fördernden Einbezug der Partnerländer in die Weltwirtschaft zur Stärkung eines nachhaltigen Wachstums.	400 Mio. Franken (50 % der Massnahmen).	400 Mio. Franken (50 % der Massnahmen).
2. Das SECO gestaltet die Politik der internationalen Finanzierungs-institutionen (zusammen mit der DEZA), sowie der wirtschaftlichen Organisationen der UNO		Die Finanzierung erfolgt aus dem Verpflichtungskredit und Budget der DEZA

Es handelt sich hierbei um Zielgrössen. Dabei ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass es sich um eine Übergangsperiode handelt. Die Verteilung der Mittel muss entsprechend relativiert werden. Gegebenenfalls werden Anpassungen in der Mittelallokation vorgenommen, über welche im Aussenwirtschaftsbericht des Bundesrats bzw. in der nächsten Botschaft Rechenschaft abgelegt wird.

Folgende Aufteilung der vorgesehenen Mittel für Aufgabengebiet 1 ist vorgesehen:

### Indikative Aufteilung der Mittel auf die Themenbereiche

	In Mio. Franken
Makroökonomische Rahmenbedingungen	160
Infrastrukturfinanzierung	140
Handelsförderung	200
Entwicklung des Privatsektors und Investitionsförderung	270
Andere Massnahmen und Durchführung	30
<b>Total</b>	<b>800</b>

Die Kontrolle der im Rahmenkredit gewährten Finanzmittel wird über das SAP-System erfolgen, das soeben den neuen Normen der öffentlichen Rechnungslegung angepasst wurde. Dieses System ergänzt die integrierten Monitoring-Systeme der Projekte und Programme, die eine detaillierte begleitende Kontrolle der entspre-

chenden Verwendung der Finanzmittel und die Erreichung der vorgesehenen Ergebnisse erlauben. Zudem ist die Gesamtheit der Regeln betreffend Projektmanagement in das Qualitätsmanagementsystem integriert, das nach ISO-Norm 9001 von einer unabhängigen Organisation zertifiziert ist. Schliesslich wurde entsprechend den Leitlinien der Bundesverwaltung eine Politik des Managements von Entwicklungs-, Treuhand-, Reputations- und Finanzrisiken eingeführt, die eine bessere Berücksichtigung von Risiken im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Verwaltung der Finanzmittel, erlaubt.

### **3.2 Personelle Auswirkungen**

Die in dieser Botschaft vorgeschlagene Orientierung trägt den sich verändernden Rahmenbedingungen und den Interessen der Schweiz Rechnung. Die Bildung neuer Partnerschaften, das Bemühen um eine grössere Wirksamkeit sowie eine grössere Kohärenz zwischen den einzelnen Bereichen der Entwicklungspolitik erfordern die Entwicklung immer anspruchsvollerer Kooperationsformen und grosse qualitative Anstrengungen bezüglich der Konzipierung, Durchführung, Begleitung und Evaluation der Aktionen. Die Aufrechterhaltung eines nach der ISO-Norm 9001 zertifizierten Qualitätssystems sowie die Umsetzung eines verstärkten Evaluationskonzepts sind ebenfalls aufwendig. Vor diesem Hintergrund ist vorgesehen, dass maximal 2 Prozent des Gesamtbetrags des Rahmenkredits für Personalkosten und die Bereitstellung von Schweizer Personal bei den multilateralen Entwicklungsbanken eingesetzt werden.

### **3.3 Volkswirtschaftliche Auswirkungen**

Die Auswirkungen der Entwicklungszusammenarbeit auf die schweizerische Wirtschaft werden seit 1981 in regelmässigen Abständen untersucht, letztmals im Herbst 2007.<sup>4</sup> Alle bisher durchgeführten Studien sind zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die in der Entwicklungszusammenarbeit getätigten Ausgaben primär den Empfängerstaaten und -gesellschaften zugute kommen sollen. Trotz des überwiegend ungebundenen Charakters der Schweizer Unterstützung haben diese Ausgaben aber auch beträchtliche Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft: Die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz bezahlten Löhne sowie die nachgefragten Güter und Dienstleistungen führen zu einer Steigerung des Bruttoinlandproduktes. Jeder für die öffentliche (bilaterale und multilaterale) Entwicklungshilfe ausgegebene Franken trägt mit 1,40 bis 1,60 Franken zum Wachstum des Bruttoinlandproduktes bei. Gemäss Schätzungen entstehen auf Grund dieses Mehrwerts zwischen 20 000 und 29 000 Arbeitsplätze in der Schweiz. Zu erwähnen sind darüber hinaus die indirekten positiven Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit auf die schweizerische Wirtschaft.

<sup>4</sup> IUED/Uni Neuchâtel «Etude sur les effets de l'APD sur l'économie suisse: chiffres 2006», 2008

### **3.4 Auswirkungen auf Bund, Kantone und Gemeinden**

Der Vollzug des vorgeschlagenen Bundesbeschlusses liegt ausschliesslich beim Bund und belastet die Kantone und Gemeinden nicht.

### **4 Verhältnis zur Legislaturplanung und zum Finanzplan**

Die Vorlage wurde in der Botschaft über die Legislaturplanung 2007–2011, welche der Bunderat am 23. Januar 2008 angenommen hat, angekündigt.

### **5 Rechtliche Aspekte**

Der Bundesbeschluss, der zur Genehmigung unterbreitet wird, stützt sich auf Artikel 9 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 (SR 974.0) über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, wonach die Mittel für die Finanzierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Form von jeweils mehrere Jahre abdeckenden Rahmenkrediten bewilligt werden.

Der Finanzbeschluss erfordert nach Artikel 25 Absatz 2 des Parlamentsgesetzes vom 13. Dezember 2002 (SR 171.10) die Form des einfachen Bundesbeschlusses. Dieser ist nicht dem Referendum unterstellt.

#### **5.1 Vereinbarkeit mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz**

Der Vollzug des Bundesbeschlusses über die Weiterführung der Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit berührt keine Fragen im Zusammenhang mit dem europäischen Recht.

#### **5.2 Unterstellung unter die Ausgabenbremse**

Gemäss Artikel 159 Absatz 3 der Bundesverfassung unterliegt der vorgeschlagene Bundesbeschluss der Ausgabenbremse und benötigt deshalb die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder beider Räte.

## Gesetzesgrundlagen

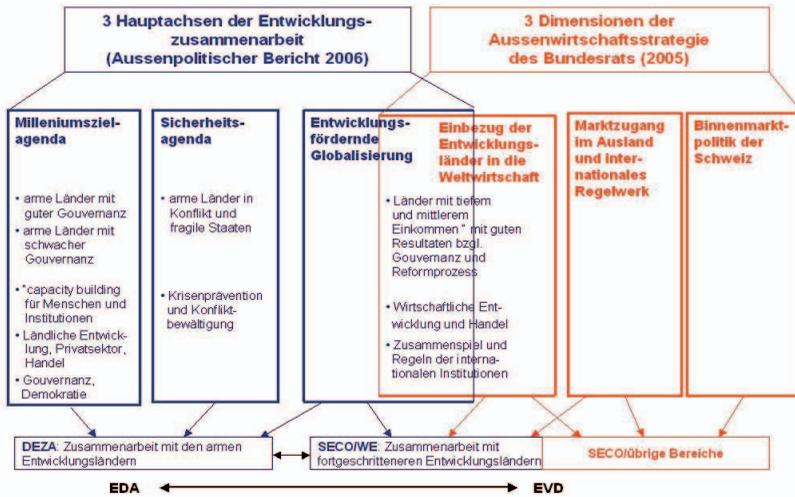
*Gesetze mit explizitem Bezug zum Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0)*

- Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods (SR 979.1)
- Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte (SR 193.9)
- Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.1)

*Verordnungen*

- Verordnung vom 12. Dezember 1977 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.01)
- Verordnung vom 11. Mai 1988 über das Schweizerische Katastrophenhilfekorps (SR 172.211.31)
- Verordnung vom 6. Mai 1992 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (SR 974.11)
- Verordnung vom 24. Oktober 2001 über die Katastrophenhilfe im Ausland (SR 974.03)

## Entwicklungspolitik und Aussenwirtschaftsstrategie



## Rückblick 2003–2007

Der 6. Rahmenkredit für die Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit von 970 Millionen trat per 1. Juli 2003 in Kraft und erlaubt, wie geplant, Verpflichtungen bis in den Herbst 2008. Mit diesen Mitteln beabsichtigte der Bundesrat, die bisherigen Erfolge zu konsolidieren und weitere Fortschritte in der Bekämpfung der Armut – insbesondere durch die Mobilisierung privatwirtschaftlicher Ressourcen – zu erreichen.

Die Fokussierung auf fünfzehn Schwerpunktländer und eine Schwerpunktregion sowie auf vier Interventionsbereiche bestimmte die konkrete Zielsetzung und Ausrichtung der Massnahmen. Die Auswahl der Schwerpunktländer wurde regelmässig in Bezug auf eigene Erfahrungen bei der Umsetzung der Projekte, die Leistungsausweise und den Bedarf der einzelnen Partnerländer sowie grundsätzliche Überlegungen bezüglich Wirksamkeit und Effizienz überprüft. Als Folge wurde die Anzahl der Schwerpunktländer während der Laufzeit des Rahmenkredits auf den aktuellen Stand von zwölf reduziert.

Die Botschaft von 2003 stellte die zentralen Herausforderungen sowie die bisherigen Erfahrungen in den vier Interventionsbereichen des SECO – Stärkung der Rahmenbedingungen, Investitionsförderung, Handelszusammenarbeit und Entwicklung der Infrastruktur – dar. Konkrete Zielvorgaben für jeden dieser Bereiche wurden demgegenüber im Rahmen der einzelnen Projekt- und Programmanschläge erfasst.

Im Folgenden wird in einem kurzen Überblick aufgezeigt, wie die mit dem 6. Rahmenkredit bewilligten Mittel verwendet wurden. Anschliessend werden die Erfahrungen mit den einzelnen Instrumenten näher erläutert.

### Konzentration der Mittel auf Schwerpunktländer

In den rund fünf Jahren seit Inkrafttreten des 6. Rahmenkredits wurden insgesamt 826 Millionen oder 85 Prozent aller Mittel für über 300 laufende und abgeschlossene Programme verpflichtet und 609 Millionen ausgezahlt<sup>5</sup>. Damit wird der Verpflichtungsrahmen des laufenden Rahmenkredits voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2008 erschöpft sein.

Insgesamt wurden rund 80 Prozent aller Mittel für die Finanzierung von Massnahmen in einzelnen Entwicklungsländern und Regionen verwendet; 20 Prozent wurden für globale Programme eingesetzt. Von den bilateralen Mitteln kamen 75 Prozent direkt den Schwerpunktländern zugute. Die regionalen Projekte und Programme bezweckten, in effizienter Weise unausgeschöpfte grenzüberschreitende Potentiale zu fördern und dadurch eine Multiplikatorwirkung zu erzielen. Auch von diesem länderübergreifenden Ansatz profitierten, neben den anderen beteiligten Ländern, in hohem Masse die Schwerpunktländer. Somit wurde der grösste Teil der Mittel in den in der Botschaft als prioritär bestimmten Entwicklungsländern eingesetzt.

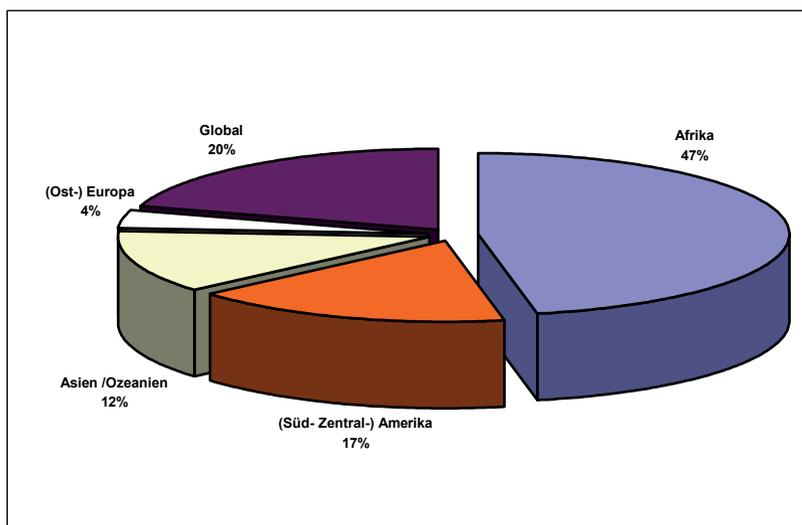
<sup>5</sup> Stand 31. Dezember 2007. Die Differenz zwischen Verpflichtungen und Auszahlungen erklärt sich durch das individuelle Auszahlungsprofil der verschiedenen Massnahmen, das von einigen Monaten bis zu 10 Jahren umfassen kann.

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen wurden grossteils für direkte Massnahmen in Ghana (82 Mio.), Tansania (74 Mio.), Mosambik (67 Mio.) Burkina Faso (49 Mio.), Nicaragua (46 Mio.) und Vietnam (44 Mio.) verwendet, wo umfassende Länderprogramme umgesetzt wurden. Dies sind Länder, die über einen überdurchschnittlichen Leistungsausweis und über eine gute Absorptionsfähigkeit verfügen.

Von den bilateral in Entwicklungsländern eingesetzten Mitteln wurden 92 Prozent der Mittel direkt in Ländern mit tiefem Einkommen (*Low Income Countries* 65 % und *Lower Middle-Income Countries* 27 %) und 8 Prozent in Ländern mit mittlerem Einkommen (*Upper Middle-Income Countries*) eingesetzt. Bezüglich der geographischen Mittelverteilung hält Afrika mit 47 Prozent vor Amerika mit 17 Prozent und Asien mit 12 Prozent die Spitze. Damit flossen im Vergleich zum fünften Rahmenkredit mehr Mittel nach Süd- und Zentralamerika und Afrika und weniger nach Asien (siehe Grafik 1). Anhang 4 detailliert die Mittelverwendung im Jahr 2006.

Grafik 1

### Geographische Verteilung



Mit knapp einem Fünftel aller Mittel wurden globale Aktivitäten unterstützt. Die grössten Beträge wurden dabei für Mandate nationaler und internationaler Institutionen und Mechanismen verwendet, welche spezifisch definierte, thematische Aufträge wahrnehmen. Dabei standen die Folgenden im Vordergrund:

- Förderung von schweizerischen und ausländischen Investitionen in Entwicklungsländern (SOFI und Sifem)
- Förderung von Importen aus Entwicklungsländern in die Schweiz (SIPPO)
- Beteiligung an internationalen Entschuldungsmassnahmen (HIPC)

- Finanzierung ausgewählter Programmbereiche des Internationalen Handelszentrums (ITC) und der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO).

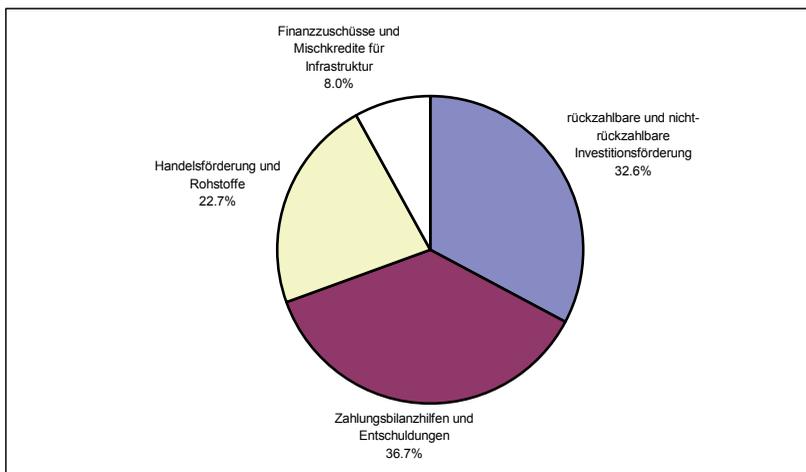
Die beauftragten Organisationen verfügen als spezialisierte Know-how-Zentren über wertvolle Erfahrung auf globaler Ebene, die sie durch konkrete Aufträge lokal zur Anwendung bringen können. Aus ökonomischer und institutioneller Sicht ist es sinnvoller, diese bestehenden externen Kapazitäten zu nutzen und im Aufbau zu unterstützen, statt sie verwaltungsintern zu duplizieren. So konnten Komplementaritäts- und Synergieeffekte erzielt, eine grössere Hebelwirkung erreicht und die Kooperation gestärkt sowie die internationale Solidarität bekräftigt werden. Auch profitierten die Mitarbeitenden des SECO vom direkten Austausch mit Fachexpertinnen und -experten. Dank dieser über viele Jahre aufgebauten, engen Partnerschaften hat das SECO einen privilegierten Zugang zu diesen Organisationen und kann so deren Programme mitgestalten. Dies zeigt sich u. a. darin, dass die betreffenden Organisationen zu einem wichtigen Teil auch in Schwerpunktländern des SECO tätig sind.

### Mittelverteilung nach Interventionsbereichen

Die Botschaft von 2003 enthielt keine Vorgabe für die Verwendung der Mittel bezüglich der einzelnen Instrumente. Die Mittelallokation erfolgte auf der Grundlage der jährlichen Planung sowie länder-, projekt- und instrumentenspezifischer Faktoren.

*Grafik 2*

### Verpflichtungen nach Interventionsbereichen<sup>6</sup>



Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bereichen sind insbesondere auf instrumentenspezifische Faktoren zurückzuführen. So wiesen einzelne Projekte der makroökonomischen Unterstützung (z.B. Budgetunterstützung und Entschuldungsmassnahmen) grössere Volumen und schnellere Auszahlungsrhythmen auf als Projekte in

<sup>6</sup> Anteil für Durchführungskredite (3,8 %) nicht berücksichtigt.

der Handelsförderung. Erstere kommen dann zum Einsatz, wenn nach intensiver Vorarbeit der Gebergemeinschaft reformwillige Partnerländer an Bedingungen geknüpfte Budgetmittel erhalten; letztere nehmen eher ausgewählte Opportunitäten entlang von Wertschöpfungsketten wahr. Die Infrastrukturfinanzierung, beispielsweise in den Sektoren Wasserversorgung und Energie, verlangte aufgrund der Anwendung des modernen Ansatzes der öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) eine umfassende Aufbauarbeit, die eine verzögerte Mittelverwendung zur Folge hatte. Der vorsichtige Aufbau dieses Ansatzes trägt auch der Vorgabe Rechnung, eine hohe Qualität über die schnelle Mittelverwendung zu setzen.

### **Bestätigung der Wirksamkeit**

Mit den Mitteln des 6. Rahmenkredits unterstützte das SECO Entwicklungsländer, die Herausforderungen der Globalisierung bewältigen und die Marktkräfte in den Dienst der Armutsreduktion stellen zu können. Die amtsinterne Evaluationsstelle, welche die einzelnen Projekte überprüft und die Stärken und Schwächen der Massnahmen beurteilt, stufte drei Viertel der bewerteten Projekte als erfolgreich ein. Dieser Wert entspricht denjenigen anderer Entwicklungsorganisationen. Die qualitativ hochstehende Arbeit des SECO wurde durch verschiedene externe Evaluationen bestätigt und kommt auch in den Rückmeldungen der Partner zum Ausdruck. Da die Gründe allfälliger Mängel und Misserfolge sehr unterschiedlich sind, kann von projektspezifischen Ursachen und nicht systemisch bedingten Unzulänglichkeiten ausgegangen werden. Verschiedene spezifische Verbesserungsmaßnahmen, so zum Beispiel die Umsetzung institutioneller Begleitmassnahmen bei Infrastrukturprojekten, wurden unmittelbar in die Wege geleitet und sind in die strategische Ausrichtung der Instrumente bzw. die Ausarbeitung neuer Projekte eingeflossen. Es zeigte sich, dass trotz der hohen Erfolgsrate noch Raum besteht, diese weiter zu steigern. Allfällige Schwächen sollten in Zukunft noch frühzeitiger erkannt und mittels angepasster Korrekturmassnahmen minimiert werden.

Das Management des SECO verstärkte während der Laufzeit des 6. Rahmenkredits die Kontroll-, Steuerungs- und Lernmechanismen zur besseren Erfassung und Erzielung von Resultaten kontinuierlich. Die Umsetzung der strategischen und operationellen Vorgaben wurde fortlaufend überprüft und verbessert. Dabei konnte einerseits auf das interne Monitoring- und Evaluationssystem zurückgegriffen werden, welches über die Jahre schrittweise ausgebaut wurde. Mittels eines *Strategy Assessment and Review* (STAR) konnte die Umsetzung der SECO-Strategie 2006 systematisch verfolgt und die nötigen operationellen Anpassungen identifiziert werden. Der STAR leistete dadurch einen wichtigen Beitrag zum verstärkten resultatorientierten Management. Andererseits erlaubten mehrere externe Evaluationen wichtige Erkenntnisse und Einblicke in die Wirkungsweise einzelner Aktivitäten und Instrumente. Sie erhöhten die Transparenz und ermöglichten die Ausarbeitung von Lernmodulen zur Optimierung und Weiterentwicklung von Instrumenten. Die erneute ISO-9001-Zertifizierung bestätigte, dass das SECO über ein qualitativ hochstehendes Managementsystem verfügt.

### **Berücksichtigung von qualitativen und transversalen Aspekten**

*Armutsreduktion:* Eine externe Evaluation bestätigte, dass das SECO seine Operationen auf das explizite Bekenntnis zur Armutsreduktion ausrichtete (vgl. Strategie 2006 und Agenda 2010). Die von den Partnerländern verfassten Armutsstrategien standen dabei im Zentrum. Die konkreten Massnahmen stützten sich sowohl auf eigene Politiken und Strategien auf der Ebene der einzelnen Instrumente und Sektoren

ren wie auch auf international vereinbarte Vorgaben. Die Umsetzung dieser Strategien und Vorgaben ist ein fortlaufender Prozess, der in Zukunft weitergeführt werden wird.

*Politikdialog, Rahmenbedingungen und Institutionen:* Alle grossen Programme und Projekte beinhalten Komponenten, die auf die Stärkung der Rahmenbedingungen und der institutionellen Kapazitäten der Partnerländer ausgerichtet wurden. Im Politikdialog mit Regierungen wurde im Hinblick auf lokale Bedürfnisse und die Erfordernisse einer zunehmend integrierten Wirtschaft eine erhöhte Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Projekte angestrebt. Während multilaterale Finanzierungsinstitutionen aufgrund ihrer Vorteile eine führende Rolle im Politikdialog einnehmen, konnte die Schweiz in einzelnen Ländern den (gemeinsamen) Vorsitz beim Politikdialog von Geberinitiativen ausüben. Die zentrale Rolle, welche das SECO zuhanden der Budgetsupport Gruppe im Dialog der vereinten Gebergemeinschaft mit der Regierung Mosambiks spielte, illustriert dies nachdrücklich. Die Anforderungen des Politikdialogs unterstrich die grosse Bedeutung von Faktoren wie Fachkompetenz, Erfahrung und lokale Präsenz von Mitarbeitenden, welche weit über die Bereitstellung von Finanzmitteln hinaus gehen.

*Gute Regierungsführung:* Entwicklungszusammenarbeit ist dann besonders erfolgreich, wenn die Grundprinzipien der Guten Regierungsführung erfüllt sind. Die Schwerpunktländer des SECO haben diesbezüglich einen insgesamt guten Leistungsausweis. Unter dem 6. Rahmenkredit setzte sich das SECO unter anderem sehr aktiv für die Konzeption und Einführung eines analytischen Instruments zur Förderung wirtschaftlicher Gouvernanzsysteme mit Schwerpunkt öffentliche Finanzmanagementsysteme (PEFA) ein. Damit wurde grundlegende Arbeit geleistet, auf der die Gebergemeinschaft mit ihren Programmen aufbauen konnte. Auch setzte das SECO auf Projektebene entsprechende Vorkehrungen zur guten Regierungsführung konsequent durch, so zum Beispiel durch die Integration von Anti-Korruptionsklauseln in Verträgen mit Lieferanten, Konsulenten und Regierungen. Zudem wurde bei allen Projekten der risikoanfällige Bereich der Auswahl von Konsulenten und Lieferanten eingehend auf seine Regelkonformität überprüft.

*Wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit:* Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit stellt standardmässig ein wichtiges Kriterium in der Prüfung von Projekten und Programmen dar. Zudem wurden spezifische Projekte umgesetzt, deren Hauptziel in der Förderung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit bestand. So bezweckten zum Beispiel Infrastrukturprojekte zur Abwasserreinigung und Energieeffizienz, der Aufbau von Cleaner Production Centers, die Bereitstellung von «grünen Krediten» oder die Zusammenarbeit mit der ILO im Bereich Arbeitsstandards die Durchsetzung fortschrittlicher Umwelt- und Sozialstandards in den ausgewählten Ländern. Dies trug gleichzeitig zu einer Verbesserung des internationalen Marktzugangs dieser Länder und damit zur wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bei. Das transversale Anliegen der gleichen Rechte für Mann und Frau (Gender) wurde soweit möglich ebenfalls berücksichtigt.

*Pariser Deklaration:* Die Schweiz unterstützt die Forderungen der Pariser Deklaration betreffend Harmonisierung und Alignment zur Reduktion der Transaktionskosten und zur Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Diese legt sehr ambitionöse Vorgaben fest, welche vom SECO und anderen Gebern fortdauernde Bemühungen abverlangen. Ein gemeinsames SECO-DEZA High-Level Joint Statement sowie ein konkreter Implementierungsplan bestätigen das Bekenntnis zu den Harmonisierungsprinzipien. Da ein guter Teil der Massnahmen in den Partner-

ländern im Rahmen des länderspezifischen Kontexts umgesetzt wird, sind vorab die Kooperationsbüros und Botschaften gefordert. An den Zentralen wurde u.a. eine gemeinsame DEZA-SECO-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche die Grundlagen für weiterführende Handlungsanweisungen für alle Mitarbeitenden sowie für ein transparentes Monitoring erarbeitete. Durch die Reduktion der Anzahl der Schwerpunktländer konnte der Koordinationsaufwand insgesamt im Sinne der Pariser Deklaration reduziert werden. Vermehrt wurden Analysen, Evaluationen, Missionen sowie einzelne Länderprogramme (vgl. Tansania) gemeinsam mit anderen Gebern geplant und durchgeführt. Da die makroökonomische Unterstützung nachgerade auf den Aufbau und die Benützung der öffentlichen Finanzsysteme der Partnerländer ausgerichtet ist, konnten auch hinsichtlich der Nutzung der Verwaltungssysteme der Partnerländer, einem der zentralen Anliegen der Pariser Deklaration, wichtige Erfahrungen gemacht werden. Auch wurden im Bereich der Infrastrukturfinanzierung Anstrengungen unternommen, die Systeme der Partnerländer im Bereich Beschaffungswesen zu stärken, damit die Auswahl von Güter- und Dienstleistungsaufträgen internationalen Standards entspricht.

*Koordination und Kooperation:* Die Nützlichkeit der vermehrten Entsendung von SECO-Mitarbeitenden in Koordinationsbüros und Botschaften wurde durch eine Studie über die Dezentralisierung bestätigt. Zusammen mit der Festlegung von gemeinsamen Länderprogrammen und Leistungsvereinbarungen mit diesen Aussenstellen erwies sie sich als wichtige Massnahme zur Sicherstellung der operationellen Wirksamkeit. Die amtsinterne Zusammenarbeit wurde zur besseren Nutzung von Synergien zwischen verschiedenen Leistungsbereichen des SECO intensiviert. Dabei wurde die strategische Abstimmung ebenso wie die technische Kooperation verstärkt. Die Ergänzung von EFTA-Freihandelsabkommen durch gezielte wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungsprojekte sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Welthandelsrunde sind Beispiele dafür. Gemäss dem Grundsatz der Komplementarität und der interdepartementalen Kohärenz wurde auch die Koordination mit anderen Bundesstellen (EFV, BAFU, EDA, BFM) sichergestellt.

## **Zusammenfassung**

Die mit dem 6. Rahmenkredit bewilligten Mittel sind im Sinne der in der Botschaft ausgeführten geografischen, instrumentellen und operationellen Richtlinien verwendet worden. Das SECO konnte mit begrenzten Ressourcen gute Resultate mit hoher Wirksamkeit erzielen. Es hat sich in zentralen Themen und bei wichtigen Partnern ausgezeichnet positioniert. Die angewandten Instrumente wurden fortlaufend den neuen Erfahrungen und Erfordernissen sowohl in ärmeren als auch in fortgeschrittenen Entwicklungsländern angepasst. Ein verstärktes Qualitätsmanagement hat weitere Verbesserungen in der Qualität, Effizienz und Wirkung der aktuellen Tätigkeiten gebracht und höhere Transparenz geschaffen. Dadurch trägt das SECO auch der Anforderung einer höheren Rechenschaftspflicht Rechnung. Die hohen Erfolgsraten und der gute Leistungsausweis bestätigen den Ansatz des SECO, der auch für die zukünftige Orientierung eine solide Basis darstellt.

## **Detaillierter Rückblick per Instrument: Spezifische Erfahrungen und Anpassungen**

In den mit der operationellen Umsetzung und dem Controlling betrauten Ressorts des SECO arbeiten 68 Mitarbeitende (Stand 2007), aufgeteilt in sieben Ressorts. Die spezifischen Erfahrungen in den Ressorts lassen sich im einzelnen wie folgt zusammenfassen.

### *1. Makroökonomische Unterstützung*

Budgethilfe, Entschuldungsmassnahmen und technische Assistenz – ausgerichtet auf spezifische Bereiche der öffentlichen Finanzverwaltung und zur Stärkung des Finanzsektors – stellten die wichtigsten Instrumente makroökonomischer Unterstützung dar, um reformwillige Länder in ihren Bemühungen zur Schaffung eines nachhaltigen Wachstums zu unterstützen. Zwar bot die beschleunigte Dynamik der Globalisierung vermehrt Chancen für Entwicklungsländer, um diese jedoch wahrzunehmen, blieben verlässliche makroökonomische Rahmenbedingungen nach wie vor unabdingbar. Die makroökonomische Unterstützung des SECO zielte während des laufenden Rahmenkredites deshalb darauf ab, die für ein nachhaltiges Wachstum zentrale Aspekte, in den Mittelpunkt des Dialogs mit Entwicklungsländern zu bringen. Ein effizienter und effektiver Staatsapparat, eine gesunde Geldpolitik, die zuverlässige Verwaltung des Staatshaushaltes, eine verantwortungsvolles Schuldenmanagement, ein effizienter Finanzsektor sowie die Fortsetzung weiterer zentraler Strukturreformen wurden wichtige Bezugspunkte im Politikdialog mit den Partnerländern und stellten die Hauptbereiche dar, an denen Entwicklungsfortschritte gemessen wurden. Übergeordnete Fragen, etwa bezüglich der guten Regierungsführung («good governance») oder der Korruptionsbekämpfung, wurden darüber hinaus in den Dialog integriert.

Die Budgethilfe hat sich als Instrument für die ärmsten und reformwilliger Länder bewährt. Mit der Budgethilfe wurde der Staat in Partnerländern in die Lage versetzt, die ihm zugeordnete Rolle als Bereitsteller öffentlicher Güter effizienter wahrzunehmen und einen direkten Beitrag zur Makro- und Finanzstabilität in unseren Partnerländern geleistet. Die wenigen ausgewählten Länder, die vom SECO Budgethilfe erhalten (Burkina Faso, Ghana, Nicaragua, Mosambik und Tansania), haben über die ganze Periode ein relativ stabiles makroökonomisches Umfeld beibehalten können und verzeichneten ein durchschnittliches Wachstum von über 6 % Prozent. Ein im Verbund mit anderen Gebern durchgeführter Dialog über die Stossrichtung der Reformen hat erlaubt, den Anteil der für die Bekämpfung der Armut relevanten Ausgaben zu erhöhen und solche, die nicht-produktiv sind (etwa Militärausgaben), zu reduzieren. Dieser Dialog beabsichtigte vor allem eine Verstärkung institutionalisierter Mechanismen zur internen Rechenschaftsablegung (z.Hd. der Parlamente, der Zivilgesellschaft etc.). Die Budgethilfeländer haben Massnahmen zur Steigerung der Effizienz der öffentlichen Finanzverwaltung und zur Verbesserung der Steuereinkünfte zu einem Kernbestandteil ihrer Reformbemühungen gemacht. Das SECO hat solche Bemühungen durch gezielte, auf wenige Bereiche konzentrierte technische Assistenz unterstützt. In Anerkennung der aktiven Mitwirkung der Schweiz im Rahmen der Budgethilfegruppen wurde ihr in vier Ländern der Vorsitz der Gebergruppe anvertraut. Die Chancen der Budgethilfe wurden im Rahmen einer umfassenden Zwischenbilanz der DAC/OECD in 2006 deutlich gemacht. Sie liegen nicht nur darin, dass regierungseigene Prioritäten und Budgetprozesse respektiert werden (was die «ownership» stärkt) sondern auch, dass eine bessere Ausgangslage für

Harmonisierung zwischen den Gebern geschaffen wird. Aufgrund von Nachhaltigkeitsüberlegungen und des Mangels an den für die ausserordentliche Budgethilfe zentralen Voraussetzungen in den Partnerländern (siehe die Strategie des SECO für die Budgethilfe), hat sich die in der letzten Botschaft in Aussicht gestellte ausserordentliche Budgethilfe als nicht verfolgenswert erwiesen.

#### *Ghana – bessere Rahmenbedingungen für die Privatsektorentwicklung*

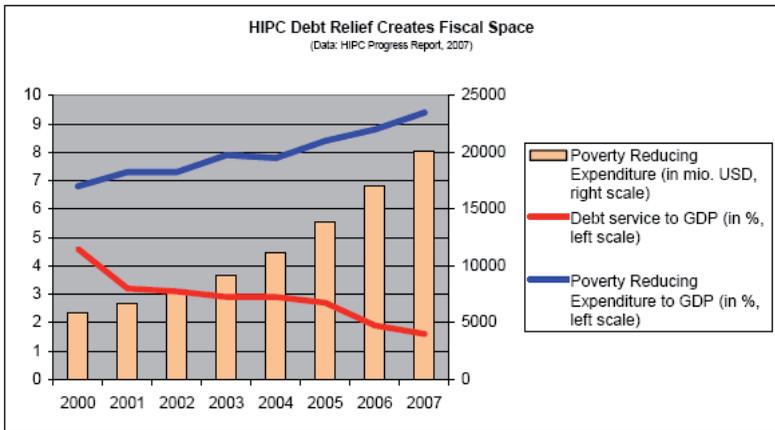
In 2007 gehörte Ghana zum zweiten mal in Folge zu den zehn Top-Reformern im weltweit erhobenen Doing Business Ranking der Weltbank. Ghana verbesserte sich von Rang 109 im Berichtsjahr 2006 auf 87 in 2007 und liegt damit auf Rang 6 in Sub-Sahara Afrika. Dank den Reformen, zu welchen sich die Regierung mit der Unterstützung der Budgethilfepartner verpflichtet hat, ist das Geschäftsklima heute in Ghana weitaus besser als zuvor. Wie Unternehmer Ebenezer Mireku, Chef der Ghanaische Firma Peobo Ltd, zusammenfasst: *«Dank den Reformen, zu welchen sich die Regierung mit der Unterstützung der Budgethilfepartner verpflichtet hat, ist das Geschäftsklima heute in Ghana weitaus besser als zuvor. Der Hauptunterschied zwischen damals [1999] und heute [2006] besteht darin, dass heute, aufgrund der relativen Vorhersehbarkeit des politischen und ökonomischen Umfeldes, Planung möglich ist.»* Was hat sich seit dem ökonomischen Kollaps in 2000 geändert? Unterstützt durch ein Budgethilfeprogramm mehrerer Geber, darunter der Schweiz, hat die Regierung das makroökonomische Umfeld stabilisiert und tiefgreifende Strukturreformen umgesetzt, was sich positiv auf das Geschäftsklima ausgewirkt hat. Die Inflation, welche beinahe 60 % p.a. erreichte, befindet sich im einstelligen Bereich, die ghanaische Währung hat sich gegenüber dem US-Dollar aufgewertet, das Zinsniveau ist dank der fiskalischen Stabilisierung gesunken, Märkte wurden dereguliert, der Handel liberalisiert und die Effizienz der öffentlichen Dienstleistungen verbessert. Alljährlich wird zwischen der Regierung und den Budgethilfepartnern in einem intensiven Politikdialog ein Leistungskatalog erstellt, welcher die Schlüsselreformen zusammenfasst und Indikatoren enthält (u.a. solche, die sich direkt auf das Geschäftsklima beziehen), anhand derer der Reformfortschritt gemessen wird und Auszahlungen geknüpft sind.

Massnahmen im Bereich der Entschuldung und des Schuldenmanagement wurden im Laufe des Rahmenkredits fortgeführt mit dem Ziel, bessere Ausgangsbedingungen für eine effektive Bekämpfung der Armut zu schaffen. Zwischen 2003 und 2007 wurden neue Beiträge an den Highly Indebted and Poor Countries Initiative (HIPC) Trust Fund geleistet. Eine auf multilateraler Ebene 2005 lancierte Initiative, die Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI), die auch auf die direkte Verbindung zwischen Entschuldung und Armutsbekämpfung setzt, wird vom SECO unterstützt und in ihrer Umsetzung aktiv begleitet. Auch das bilaterale Entschuldungsprogramm der Schweiz wurde weitergeführt und weitere Länder teilweise oder vollständig entschuldet (Sierra Leona, Demokratische Republik Kongo, Madagaskar und Kamerun). Die letzten bilateralen Gegenwertfonds werden demnächst abgeschlossen. Das SECO hat sich weiterhin an Rückkaufferten kommerzieller, nicht garantierter Schulden beteiligt. Ein wichtiges Anliegen der Schweiz in diesem Bereich bleibt nach wie vor, der Tragbarkeit der Verschuldung ausreichend Aufmerksamkeit zu schenken und ein verlässliches Schuldenmanagement zu unterstützen. Zu diesem

Zweck werden vom SECO Ausbildungsprogramme in Schuldenverwaltung und für bessere analytische Fähigkeiten unterstützt.

*Multilaterale Entschuldungsinitiativen: Heavily Indebted Poor Country Initiative (HIPC) und Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI)*

Mit dem 1991 von Bundesrat und Parlament bewilligten Entschuldungskredit anlässlich des 700jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft übernahm die Schweiz eine Pionierrolle in der bilateralen Entschuldung. Diese Bestrebungen mündeten 1996 in der international koordinierten Entschuldung im Rahmen der Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative. Ziel der Initiative ist es, den Schuldendienst auf ein wirtschaftlich tragbares Niveau zu reduzieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass das freigesetzte Geld in Opportunitäten für die ärmsten Bevölkerungsschichten investiert wird. Bis heute haben 31 Länder von insgesamt 41 teilnahmeberechtigter Länder den HIPC Prozess begonnen. Ihre Schulden wurden um 60 %, von 89 Milliarden auf 35 Milliarden US-Dollar (Kapitalwert Ende 2005) abgebaut. Der Abbau des Schuldendienstes ging mit einer Neuausrichtung der Staatsausgaben einher: Seit 2000 reduzierte sich der Schuldendienst der 31 HIPC Länder um 3 % auf 1.6 % des Bruttoinlandproduktes, während die Ausgaben in prioritäre Sektoren um 2.6 % auf 9.4 % in 2007 gestiegen sind.



Am G8-Gipfel in Gleneagles, Grossbritannien, wurde im Juli 2005 die Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) aus der Taufe gehoben. Mit Blick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele wurde vorgeschlagen, über den bisherigen Schuldenerlass hinauszugehen und die Schulden der Länder, die den HIPC Prozess erfolgreich durchlaufen haben, vollständig zu erlassen. Die Schweiz unterstützt diese Initiative, die einen zusätzlichen Beitrag zur Erreichung der MDGs darstellt.

## 2. Infrastrukturfinanzierung

Der effiziente Betrieb und die nachhaltige Bereitstellung von wirtschaftlicher Infrastruktur haben im Rahmen der Globalisierung weiter an Bedeutung gewonnen. Meist handelt es sich um eine Voraussetzung dafür, dass angemessene Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Tätigkeit überhaupt erst möglich werden. Moderne Technologien und ein Wissenstransfer in Infrastruktursektoren, in denen die Schweiz besondere Kompetenzen aufweist, sind weiterhin gefragt. Aus diesen Gründen konzentrierte sich die Förderung der Infrastruktur auf die Versorgung mit Trinkwasser, die Abwasserreinigung, die Abfallentsorgung, den öffentlichen Transport und die Gesundheit. Da die Einsatzmöglichkeiten des Instruments der Mischfinanzierung aufgrund rückgängiger Nachfrage der Entwicklungsländer und der Einschränkungen im Rahmen des Helsinki-Pakets der OECD<sup>7</sup> limitiert sind, wurde das Instrument zur Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships – PPP) geschaffen.

### *Vietnam – Ba Ria Wastewater Collection and Treatment Project*

Wegen wachsender Industrietätigkeit und stetig zunehmenden Einwohnerzahlen in der Ba Ria – Vung Tau Provinz im Süden Vietnams ist eine professionelle Abwasserbehandlung für die zukünftige soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Region unumgänglich geworden. Die Wasserverschmutzung führt zu erheblichen Gesundheitsrisiken bei der Bevölkerung und beeinträchtigt in signifikanter Weise die Land- und Fischwirtschaft sowie den Tourismussektor. Das Projekt sieht vor, Privathaushalte an die Kanalisation anzuschliessen, die vorhandene Mischkanalisation zu sanieren und zu erweitern sowie eine Abwasserreinigungsanlage zu errichten. Parallel dazu erfährt die Betreibergesellschaft einen umfangreichen Wissenstransfer, der es ihr ermöglichen soll, die gesamte Abwasserbewirtschaftung nach Abschluss des Projekts nachhaltig zu gewährleisten. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Behandlung von Industrieabwässern gerichtet. Vietnam trägt CHF 14.5 Mio zu den Projektkosten bei, die Schweiz leistet einen Betrag von CHF 10.5 Mio aus der zweiten schweizerisch-vietnamesischen Mischfinanzierungslinie.

Das Instrument der Mischfinanzierung erlaubt den Einkauf von Schweizer Gütern und der damit verbundenen Dienstleistungen für Infrastrukturprojekte. Die Mischfinanzierung, bestehend aus einem Geschenkelement des Bundes und einem kommerziellen Exportkredit von Schweizer Banken, ermöglicht Entwicklungsländern den Zugang zu mittel- bis langfristigen konzessionellen Krediten für die Sanierung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur. Der Geschenkanteil der Finanzierung variiert je nach Land und Sektor zwischen 47 und 60 Prozent. Um das Instrument noch besser in den entwicklungspolitischen Zielen und Reformen der Partnerländer zu verankern und die Nachhaltigkeit der Projekte zu festigen, wurden die technischen Begleitmassnahmen bei neuen, komplexen Vorhaben verstärkt. Im Rahmen

<sup>7</sup> Das Helsinki Paket der OECD beschränkt den Gebrauch der Mischfinanzierung auf kommerziell nicht rentable Projekte, um Marktverzerrungen oder missbräuchliche Verwendungen von Krediten zur Exportförderung zu verhindern. Einzig kleinere, kommerziell rentable Projekte mit einem Umfang von bis zu 2 Millionen Sonderziehungsrechten (SZR) sind davon ausgenommen.

mehrerer Projekte wurden umfassende institutionelle Reformen (insbesondere in Ägypten) durchgeführt und, wo erforderlich, durch Unterstützungsmassnahmen im Bereich der Sektorpolitik ergänzt. Angesichts der Tatsache, dass die Mischfinanzierungen wegen ihren Eigenschaften nur noch in wenigen Ländern nachgefragt werden, kam es zu einer weiteren Konzentration des Instruments auf wenige Länder. Entsprechend verringerten sich die jährlichen Ausgaben auf 10-15 Millionen Franken. Die Mischfinanzierungslinien in den Philippinen und Indien wurden abgeschlossen. In Kolumbien wurde mit der Lieferung von Messgeräten für das nationale Institut für Hydrologie, Meteorologie und Umwelt erfolgreich ein letztes Projekt beendet und in Guatemala die Realisierung des letzten Projekts im Bereich Kataster in die Wege geleitet. Während auch in China die Zusammenarbeit im Bereich der Mischfinanzierungen mit der Beendigung von Umweltprojekten im Abwasser- und Abfallbereich bald zu Ende geht, steht in Tunesien nach der Realisierung von zwei Eisenbahnprojekten noch ein kleiner Saldo für ein letztes Umweltprojekt zur Verfügung. Verschiedene neue Projekte im Umwelt- und Sozialbereich konnten im Rahmen der auch noch in Zukunft laufenden Mischfinanzierungsprogramme in Ägypten, Jordanien und Vietnam bewilligt und zusammen mit integrierten technischen, institutionellen und politischen Begleitmassnahmen lanciert werden.

Parallel zur abnehmenden Bedeutung der Mischfinanzierungen ist die Nachfrage nach öffentlich-privaten Partnerschaften gewachsen, da der Bedarf an Infrastruktur die Möglichkeiten der öffentlichen Budgets der Entwicklungsländer, aber auch der Geberländer bei weitem übertrifft und das technische und betriebswirtschaftliche Know-how für einen kostendeckenden und wirksamen Betrieb der Infrastruktur im allgemeinen unzureichend ist. Um diese Lücke zu schließen, bedarf es deshalb der Mobilisierung privater finanzieller Ressourcen, sei es als Eigenkapital oder als Fremdkapital. Darüber hinaus fördert der Einbezug des Privatsektors auch den Zugang zu Fachwissen und neuen Technologien und ermöglicht die Einführung neuer Organisationsformen und Managementmethoden. Nicht zuletzt dienen öffentlich-private Partnerschaften als Auslöser für dringend notwendige strukturelle Reformen.

Öffentlich-private Partnerschaften sind keine Privatisierungen. Der Staat bewahrt sich vielmehr Einfluss und Kontrolle, indem er sein Eigentum an den Anlagen wahrt und die Pflichten und den Handlungsspielraum des Privaten im Rahmen einer Leistungsvereinbarung klar definiert.

Beiträge an öffentlich-private Partnerschaften können in verschiedenen Formen geleistet werden. Diese können nicht-kommerzielle Investitionskomponenten, Managementgebühren, gezielte Subventionen an die Armen und technische Assistenz umfassen. In den letzten Jahren wurden erste Projekte im Wasserbereich (Tansania, Bolivien, Peru und Nicaragua) und ein Projekt zur Unterstützung der Reformen im Elektrizitätssektor in Ghana entwickelt. Darüber hinaus beteiligte sich das SECO an der multilateralen Public Private Infrastructure Facility (PPIAF) zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Infrastruktur. In Zusammenarbeit mit Swiss Re und der DEZA konnte zudem eine praktische Richtlinie für die Durchführung von öffentlich-privaten Partnerschaften im Wasserbereich erarbeitet und an ersten Projekten getestet werden. Die Auszahlungen zur Unterstützung der öffentlichen Partner im Bereich PPP beliefen sich dabei auf rund 10 Mio. Franken. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass der Einbezug des Privatsektors die Mobilisierung von technischen und finanziellen Ressourcen ermöglichen und damit einen Beitrag an die Verbesserung der Infrastrukturleistungen leisten kann. Der

Ansatz ist aber auch eine komplexe Form der Zusammenarbeit und stellt somit hohe Ansprüche an die Rahmenbedingungen und die involvierten Akteure. Die Durchführung von PPP kann nur bei einer klaren Rollenverteilung, partnerschaftlichen Zusammenarbeit und einer Unterstützung der politischen Entscheidungsträgererfolgreich sein. Der Entscheid für ein PPP muss daher gut abgewogen und die betroffenen Interessengruppen müssen vorgängig konsultiert werden. Wenn sich die Regierung in Absprache für eine Zusammenarbeit mit dem Privatsektor entscheidet, kann sie das PPP auf zahlreiche Arten ausgestalten, so wie es am besten den spezifischen lokalen Bedürfnissen entspricht. Die Vorhaben verlangen ein längerfristiges Engagement und eine umfassende Unterstützung der öffentlichen Partner bei der Vorbereitung der Projekte und der notwendigen Rahmenbedingungen. Es hat sich zudem gezeigt, dass eine weitere Ausdehnung dieses Ansatzes auf unterschiedliche Arten der Privatsektorbeteiligung und auch auf kleinere, weniger komplexe Unterfangen zur Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften zweckmässig sein kann.

In Ergänzung zur Unterstützung der öffentlichen Hand nimmt das SECO an der Umsetzung von Mechanismen teil, welche die Teilnahme des Privatsektors an PPPs erleichtert. Drei seit dem fünften Rahmenkredit finanzierte Instrumente wurden weitergeführt. Das SECO beteiligte sich an der Gründung einer Institution, welche innovative Finanzierungsmechanismen für Infrastrukturprojekte anbietet, der Infrastructure Development Finance Corporation (IDFC), die heute in Indien ein wichtiger Akteur für Infrastrukturprojekte ist. Ferner beteiligt sich das SECO an zwei Investitionsfonds in Afrika, deren Gesamtportefeuille rund zwanzig Projekte von einem Gesamtvolumen von etwa einer Milliarde Franken öffentlicher und privater Mittel umfasst. Die Entwicklungsergebnisse sind bezüglich Zugang zu Dienstleistungen, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Förderung der lokalen Wirtschaft und Kapazitäten positiv. Das SECO beteiligte sich auch an der Private Infrastructure Donor Group (PIDG), einem Geberkonsortium, das sich die Überwindung der Hemmnisse für Privatsektorbeteiligungen an Infrastrukturprojekten zum Ziel gesetzt hat. Diese Beteiligung erwies sich als sehr erfolgreich im Hinblick auf den Wissensaustausch, die Harmonisierung von Ansätzen und der Entwicklung von innovativen Institutionen wie auch als Hebel zur Mobilisierung von Investitionen aus dem Privatsektor.

### *3. Handelsförderung*

Die zunehmende Globalisierung setzt die Entwicklungsländer unter Druck, eröffnet ihnen jedoch durch die verstärkte internationale Arbeitsteilung auch neue Potenziale. Die Arbeitsteilung und der daraus entstehende Handel sind ein wichtiger Entwicklungsmotor und können entscheidend zur Reduktion der Armut beitragen. Die Handelsförderung des SECO unterstützt mit selektiven Massnahmen einen Handel, der die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Entwicklungsländer aktiver berücksichtigt. Dabei konzentriert sich das SECO auf den Themenkreis Handel/Umwelt- und Sozialstandards – basierend auf den Regeln der WTO, den handelsrelevanten Aspekten der multilateralen Umweltkonventionen (Biodiversität, Klima etc.) und den fundamentalen Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Das SECO arbeitet vor allem mit den UN-Spezialorganisationen (UNIDO, UNCTAD, ITC, etc.), den internationalen Rohstofforganisationen, den Fachstellen in der Bundesverwaltung, Nichtregierungsorganisationen, Privatunternehmen, Expertinnen und Experten und Ausbildungsinstitutionen zusammen. Zur wirkungsvollen Umsetzung der Aufgaben setzt das SECO auf den drei nachfolgend beschriebenen Interventionsebenen an.

*Handelspolitik:* Im Zentrum der Massnahmen stand die Unterstützung beim Aufbau lokaler Expertise in Partnerländern im Hinblick auf den WTO-Beitritt und die Formulierung und Umsetzung moderner Handelspolitiken. Im Hinblick auf die WTO-Ministerkonferenz in Cancun/Mexiko 2003 konnte die sog. Baumwollinitiative lanciert werden, die in der Zwischenzeit auch von verschiedenen anderen Gebern unterstützt wird (vgl. Kasten). Das Thema wurde zu einem der Kernpunkte im Hinblick auf einen erfolgreichen Abschluss der WTO-Doha-Runde. Diese Initiative zeigte klar, dass sich auch die ärmsten Entwicklungsländer in ein internationales Regelwerk einbringen und davon profitieren können. Gleichzeitig trug die Initiative zur Stärkung der Glaubwürdigkeit des Regelwerkes bei, von dem insbesondere kleine und unabhängige Staaten profitieren können.

Im Rahmen der Partnerschaft mit der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) startete das SECO Programme zur Stärkung von Qualitätsstandards und Konformitätsnachweisen in Tansania, Mosambik, Ghana, Libanon und Vietnam. Mit diesen Programmen werden die lokalen Behörden bei der Anwendung von in internationalen Märkten geforderten Qualitätsstandards, der Verbesserung des Messwesens und der Einführung moderner Testverfahren unterstützt. Dadurch können die Partnerländer in Zukunft selbst auf international anerkannte Weise testen, ob die Exporte von Landwirtschafts- und Vorprodukten den internationalen Normen zur Konsumentensicherheit entsprechen. Die Programme beruhen auf der Erkenntnis, dass die Liberalisierung der Märkte allein nicht genügt, um exportgestütztes und arbeitsrelevantes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Der Schutz des geistigen Eigentums sowie ein griffiges Wettbewerbssystem sind wichtige Faktoren für einen verbesserten Güter- und Dienstleistungsaustausch sowie die Schaffung eines Innovationen ermöglichenden wirtschaftlichen Umfeldes. Gemeinsam mit der UNCTAD sowie mit der Unterstützung der Wettbewerbskommission (WEKO) hat das SECO in Peru, Bolivien und Zentralamerika ein Programm zum Aufbau von länderspezifischen Wettbewerbspolitiken und den entsprechenden Gesetzen sowie zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden durchgeführt. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Geistiges Eigentum (IGE) konnten die erfolgreichen Erfahrungen zur der Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums in Vietnam auch auf Ghana übertragen werden.

*Exportförderung:* Moderne Institutionen und Politiken zur Erfüllung von internationalen Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards sind eine wichtige Voraussetzung zur besseren Integration der lokalen Unternehmen in die globalen Wertschöpfungsketten. Die KMU in Entwicklungsländern müssen zudem befähigt werden, die internationalen Normen, Standards, Herkunftsnachweise etc. einzuhalten. Deshalb hat das SECO zusammen mit dem Internationalen Handelszentrum in Genf (ITC) umfassende Dienstleistungspakete im Handelsbereich für KMU in Entwicklungsländern ausgearbeitet. Diese werden über lokale Dienstleistungserbringer wie Exportförderorganisationen oder Handelskammern umgesetzt. Das mit Unterstützung des SECO in Bolivien ausgearbeitete Programm dient seit der umfassenden externen Evaluation des ITC als Referenz für die übrigen Programme des ITC.

*Marktzutritt:* Produzenten in Entwicklungsländern verfügen oftmals nicht über Direktkontakte zu potenziellen Abnehmern ihrer Produkte und Dienstleistungen in den schweizerischen und europäischen Märkten. Aus diesem Grunde fördert das Mandat «Swiss Import Promotion Programme» (SIPPO) das Zustandekommen solcher Direktkontakte, dies vor allem durch die Unterstützung bei Messebeteiligungen von KMU-Produzenten und Dienstleistungsanbietern aus Entwicklungsländern. Eine

Evaluation im Jahr 2006 hat die Relevanz dieses Mandates bestätigt. Die Unterstützungsmassnahmen zur Importförderung bestehen darüber hinaus aus einem tarifären und einem nichttarifären Teil. Um Entwicklungsländern einen erleichterten Marktzutritt gewähren zu können, wurde das schweizerische Zollpräferenzensystem revidiert. Neben einem – einstimmig durch das Parlament angenommenen – zeitlich unbefristeten Zollpräferenzengesetz<sup>8</sup> als Grundlage besteht dieses weiterhin aus der Zollpräferenzenverordnung<sup>9</sup> und der zugehörigen Ursprungsregelnverordnung<sup>10</sup>. Mit der Revision der Zollpräferenzenverordnung können die ärmsten Länder seit 2007 ihre Waren zoll- und kontingentsfrei einführen. Mit diesem Schritt ist die Schweiz unter den ersten Ländern, welche die an der WTO-Ministerkonferenz von Hongkong Ende 2005 gemachte Zusage des zoll- und kontingentfreien Marktzugangs für die ärmsten Länder vollumfänglich umsetzen. Die Ursprungsregelnverordnung befindet sich derzeit in Revision.

Durch die Förderung von Bio- und Fairhandelslabel gemäss der Labelstrategie des Bundes (vgl. IDARio 2000) kann ein Produkt qualifiziert und somit besser abgesetzt werden. Es fördert nachhaltiges Produktions- und Konsumverhalten. Zugleich trägt die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards auf dem hohen Niveau dieser Label zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern bei. Aus diesem Grunde wurde im Bereich des Fairen Handels eine Internationale Geberkoordination initiiert, welche gezielt den Fairen Handel als Motor für Entwicklung fördern soll. Da sich der Faire Handel internationalisiert hat und mit Wachstumszahlen von bis zu 50 % über grosses Potential zur Armutsreduzierung verfügt, ist ein harmonisiertes und koordiniertes Vorgehen im Sinne der Pariser Deklaration äusserst erfolgversprechend.

*Rohstoffe:* Im Rohstoffbereich stand die Förderung des Handels von nachhaltig produzierten Agrargütern im Vordergrund. Ergänzend zur Förderung des Marktzutritts von qualifizierten Produkten aus Entwicklungsländern (Fairer Handel, Bio-Produkte, Spezialitäten) hat sich das SECO vermehrt bei der Förderung der Nachhaltigkeit in Massenmärkten engagiert. Hauptpartner des SECO waren einerseits die direkt involvierten Akteure entlang der internationalen Wertschöpfungsketten (vgl. Anhang 7), andererseits die internationalen Rohstofforganisationen. Im Fokus standen dabei ITTO (Tropenholz), ICO (Kaffee) und ICAC (Baumwolle). In all diesen Organisationen hat in den letzten Jahren ein von der Schweiz mitgetragener Paradigmenwechsel stattgefunden, wonach vermehrt Fragen des Handels aus nachhaltiger Produktion im Vordergrund stehen und nichtstaatliche Akteure stärker in die Arbeit einbezogen wurden.

Ein innovativer neuer Ansatz, der vom SECO als einem der ersten Geber seit 2002 verfolgt wurde, ist die Ausarbeitung von Nachhaltigkeitskriterien unter Einbezug von Privatsektor, Produzenten aus Entwicklungsländern und Nichtregierungsorganisationen. Die Vertreter der verschiedenen Interessengruppen erarbeiten an Runden Tischen gemeinsam Ansätze für die nachhaltigere Gestaltung von Produktion und Handel, die den Anforderungen der Konsumenten entsprechen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern berücksichtigen. Das SECO unterstützte mehrere solcher globaler Initiativen, so die Erarbeitung eines globalen Nachhaltigkeitskodexes im Kaffeebereich, den *Common Code for the Coffee Com-*

<sup>8</sup> SR 632.91

<sup>9</sup> SR 632.911

<sup>10</sup> SR 946.39

*munity* (the 4C), oder den Runden Tisch im Sojasektor (*Round Table on Responsible Soy*).

Im politisch sensiblen Bereich Tropenholz fördert das SECO Rahmenbedingungen, die den Handel von nachhaltig produziertem Holz und anderen Waldprodukten begünstigen. In der Schweiz setzte sich das SECO für die Förderung der Nachhaltigkeit der Tropenholzimporte ein. Im Sommer 2004 unterzeichneten der Verband Schweizerische Türenbranche (VST) und die Umweltorganisationen Greenpeace Schweiz und WWF Schweiz auf Vermittlung des SECO ein Abkommen, wonach die Mitglieder des VST kein illegal produziertes Tropenholz verwenden und mittelfristig nur noch nachhaltig produziertes Holz verarbeiten. Durch diese Neuausrichtung der Nachfrage werden Anreize auf der Angebotsseite geschaffen, die zu einer verantwortungsvollen Waldbewirtschaftung in den Ursprungsländern führen. Die Berücksichtigung von sozial- und umweltverträglichen Kriterien sowie auf freiwilliger, öffentlich-privater Zusammenarbeit beruhende Abkommen können dem Raubbau effizienter einen Riegel schieben als Verbote. Das Abkommen hat Modellcharakter für die Holzindustrie. In der Schweiz gab es den Anstoss für weitergehende Gespräche zur Einführung freiwilliger Standards für die Beschaffung und Verwendung von Holz, an denen Umweltverbände, der Holzhandel, die Holzindustrie und die Holzverarbeitende Industrie beteiligt sind.

Im Baumwollbereich wurden Produzenten in Westafrika gestärkt, damit sie die Chancen, welche die internationalen Märkte ihnen bieten, dank nachfrageorientierter Produktion nutzen können. Ziel eines gemeinsam mit Helvetas ausgeführten Programmes in Burkina Faso und Mali ist die Förderung des Exports von Bio-Baumwolle. In Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gliedern der Wertschöpfungskette (Bauern, verarbeitende Industrie, Händler, Importeure) wurden verlässliche Produktions- und Handelsbeziehungen aufgebaut, die den Sprung der Bio-Baumwolle von der Marktnische in den Massenmarkt ermöglichten. Der Aufbau eines Absatzmarktes ist erfolversprechend: So verpflichteten sich mehrere führende Handels- und Detailhandelsunternehmen, über mehrere Jahre hinweg die gesamte Produktion aus den Projekten in Burkina Faso und Mali zu Bedingungen des fairen Handels abzunehmen. Während in der konventionellen Baumwollproduktion die Frauen mangels Zugang zu Krediten und wegen der Giftigkeit der verwendeten Pestizide nahezu ausgeschlossen sind, werden im Bio-Programm 40 % der Betriebe von Frauen bewirtschaftet. Das Programm trägt somit nicht nur zu Entschuldung und Einkommensverbesserung bei, sondern auch zu einer Stärkung der Rolle der Frau in der Familienstruktur.

#### *Die Baumwoll-Initiative in der WTO*

Im Frühjahr 2003 lancierte das SECO in Zusammenarbeit mit IDEAS Centre in Genf die so genannte Baumwoll-Initiative, mit der die afrikanischen Staaten Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad bei der politischen Arbeit in der WTO unterstützt werden. Die vier Länder wurden als Partner ausgewählt, weil der Baumwollsektor zentral ist für deren Wirtschaft und Exporterlöse. Mit der Initiierung und Unterstützung der Baumwollinitiative in der Doha-Verhandlungsrunde der WTO konnten die vier Länder erstmals professionell ihre eigenen Interessen in diesem Regelwerk verfolgen, was im Mai 2003 zu der ersten Baumwoll-Eingabe («*submission*») bei der WTO führte. Ab Sommer 2003 wurde die Initiative dank ihrem raschen politischen Erfolg ausgeweitet auf sechs

weitere Geber (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Niederlande, Schweden).

Das Projekt beruht auf drei Pfeilern: Unterstützung der Verhandlungsdelegationen der C-4 bei der WTO und in den Hauptstädten (*advocacy*), Informationsaufbereitung und Lobbying (inkl. Networking) sowie Ausbildung von Praktikantinnen und Praktikanten in Genf (jeweils für sechs Monate im IDEAS Centre).

Die afrikanischen Forderungen wurden basierend auf den Prinzipien der WTO (freier Handel) und der Bedeutung der Baumwolle im Kampf gegen die Armut in Afrika erhoben. Dank dieser erfolgreichen Initiative konnten erstmals kleine, sehr arme Länder die Grossen dazu bringen, formell über die Auswirkungen der Agrarsubventionen auf die Wirtschaft afrikanischer Länder zu debattieren, wobei «Baumwolle» zu einem der Schlüsselindikatoren geworden ist, um zu messen, ob die Doha-Runde entwicklungsfreundlich ausfällt oder nicht.

*Handel/Umwelt/Sozialstandards:* Die internationalen Märkte fordern bei Handelsgütern neben der Einhaltung technischer Qualitätsstandards zunehmend die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialkriterien. Nachdem das SECO in Zusammenarbeit mit der UNIDO eine substantielle Unterstützung zum Aufbau von lokalen Zentren zur Förderung von umweltfreundlichen Technologien und Verarbeitungsprozessen (*Cleaner Production Centre*) geleistet hatte, begann es im Jahr 2002 damit, gemeinsam mit der ILO in Genf in Ergänzung hierzu ein Programm zur Umsetzung der fundamentalen Arbeitsnormen auf Unternehmensebene aufzubauen. Das erfolgreiche Pilotprogramm in Vietnam konnte auf Indien, Südafrika, Peru, Bolivien und Zentralamerika ausgedehnt werden. Das sog. «Factory Improvement Program» ist mittlerweile das Kernstück der technischen Assistenzprogramme der ILO und wird nun um zusätzliche Kriterien der «Corporate Social Responsibility» erweitert.

Die Arbeiten der Cleaner Production Centres ermöglichten die Durchführung von «*Clean Development Mechanism*» (CDM)-Pilotprojekten im Industriebereich zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls der Klimakonvention.

Der Handel mit Produkten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Biodiversität stellt neben dem Schutz vor dem Aussterben von Pflanzen- und Tierarten die nachhaltige Nutzung beziehungsweise den Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte Aufteilung des Gewinns aus der Nutzung derselben sicher (*Access and Benefit Sharing*). Im Vordergrund der nachhaltigen Nutzung stehen lokale (*autochthone*) Pharma- und Landwirtschaftsprodukte. Hier zeigt sich exemplarisch die Förderung entlang der Wertschöpfungskette, wobei Themen der Handelspolitik (geeignete Rahmenbedingungen), der Exportförderung (Produktequalität) und des Marktzutritts (Messebeteiligung via SIPPO), analog zu anderen oben erwähnten Beispielen, miteinander verknüpft werden.

#### 4. Investitionsförderung

Der Privatsektor spielt eine herausragende Rolle bei der Einführung nachhaltiger Wachstumsmechanismen in Entwicklungsländern. Private Firmen, bei denen es sich meist um KMU handelt, schaffen Arbeitsplätze, führen neue Technologien ein und helfen das Steueraufkommen zu erhöhen. Die Strategie des SECO im Bereich der Privatsektorentwicklung ist nach wie vor gültig. Sie wurde im OECD-Länder-

examen (2005) begrüsst und durch eine Erfolgsrate von 85 % der Evaluierungen für die Transaktionen dieser Periode bestätigt. Die im Rahmen des 6. Rahmenkredits festgelegten Ziele wurden erreicht. Vor allem wurde eine klarere Unterscheidung von Investitionen und Aktivitäten im Bereich der technischen Assistenz und Kapazitätsstärkung vorgenommen. Durch die Auslagerung des Investitionsauftrags an Sifem konzentrierte sich der Ansatz stärker auf die Privatsektorentwicklung im Bereich der Entwicklung von Rahmenbedingungen, unternehmerischem Denken und einem kommerziellen Finanzsektor im Dienst der KMU.

Im Juni 2005 lancierte das SECO den Swiss Investment Fund for Emerging Markets (Sifem) und verlagerte das Management seines Investitionsportfolios an Sifem. Nach zweijähriger Tätigkeit, die in enger Zusammenarbeit mit dem SECO erfolgte, entspricht das Ergebnis den Erwartungen. Seit der Lancierung von Sifem wurden bis Ende 2006 16 neue Investitionen vorgeschlagen und vom SECO bestätigt, und das Portfolio steht insgesamt gut da. Durch Sifem beteiligt sich das SECO gegenwärtig an 33 Projekten, mehrheitlich Risikokapitalfonds («*private equity*»), die Unternehmen (hauptsächlich KMU) ohne Zugang zu Kapitalmärkten langfristige Finanzierungsmöglichkeiten bieten. In Anbetracht der aktualisierten Wertsteigerungen jeder Investition etabliert sich eine durchschnittliche Rentabilität des Portfolios von rund 5–10 %, was beachtlich ist. Ausserdem machten die aus den Investitionen zurückfliessenden Mittel 2005–2006 dank der Leistungsfähigkeit gewisser Fonds mehr als 40 Millionen CHF aus. Mit diesen zurückfliessenden Mitteln konnten zusätzliche Projekte finanziert werden, sodass ihr Multiplikatoreffekt voll zur Geltung kam. Das Finanzmanagement von Kredit- und Beteiligungsfonds wurde aufmerksam verfolgt und 2006 durch die Finanzkontrolle erfolgreich geprüft. Sifem verfügt auch, nach dem Vorbild anderer europäischer Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, über ein Instrument zur laufenden Kontrolle des Entwicklungsimpakts der Investitionsprojekte. Schliesslich hat eine Impaktstudie gezeigt, dass jeder in ein KMU investierte Franken 12 Franken in der lokalen Wirtschaft generiert.

#### *Sifem – Swiss Investment Fund for Emerging Markets*

Im Juni 2005 hat das SECO das Management seines für die wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffenen Investitionsportfolios auf der Basis eines detaillierten Leistungsvertrags an Sifem AG (Swiss Investment Fund for Emerging Markets) übertragen. Dieser Transfer erfolgte entsprechend der im Rahmen des 6. Rahmenkredits entwickelten Vision, um das Management der vom SECO eingesetzten Finanzinstrumente (Kredite und Beteiligungen) zu optimieren und Unternehmen in den Partnerländern einen besseren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten zu verschaffen. Die Auslagerung des Investitionsmanagements hat vor allem zum Ziel, die Effizienz der vom SECO finanzierten Transaktionen zu erhöhen und der Notwendigkeit nachzukommen, diese Art von Instrumenten insbesondere im Bereich des Risikomanagements zu professionalisieren.

In seiner aktuellen Eigenschaft verwaltet die Sifem AG das bestehende Portefeuille, berät das SECO bei allen neuen Investitionen und stellt im Auftrag des SECO langfristige Finanzierungsmittel für Entwicklungsprojekte des Privatsektors in Entwicklungs- und Transitionsländern bereit. Nach mehr als zwei Jahren Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit dem SECO entsprechen die Ergebnisse durchaus den Erwartungen, sowohl auf Ebene des Funktionierens der Gesellschaft als auch auf Ebene der Entwicklung des Investitionsportfolios. Unterdes-

sen sind alle Bedingungen erfüllt, um 2008 die definitive Institutionalisierung von Sifem durch einen formellen Antrag an den Bundesrat zu Ende zu führen. Gegenwärtig werden die letzten Vorbereitungen getroffen und konkrete Vorschläge sind in Diskussion. Mit Sifem kann die Schweiz Sichtbarkeit nach innen und aussen für sich in Anspruch nehmen, die abgestimmt ist auf den Willen, Investitionen zu einem Schwerpunkt der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe in den Partnerländern zu machen. Mit einer solchen Positionierung kann sich die Schweiz gegenüber den Partnerländern profilieren. Zudem erlaubt sie eine effiziente Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Privatsektor, indem sie dazu beiträgt, in der Schweiz private Kapitalflüsse für Entwicklungsprojekte zu mobilisieren. Ein konkretes Beispiel für diese Zusammenarbeit ist die Lancierung eines neuen Gefässes, das privaten Investoren erlauben soll, zusammen mit dem SECO in Risikokapitalfonds in Entwicklungsländern zu investieren.

Aus Entwicklungssicht ist die Rolle von Investitionen über Beteiligungen an Risikokapitalfonds angesichts fehlender Alternativen für die Gewährung langfristiger Finanzierungen insbesondere für KMU von grundlegender Bedeutung. Diese Rolle reicht jedoch weit über den Finanzbereich hinaus, da diese Investitionsgefässe tendenziell internationale Standards für Managementsysteme der Rechnungsführung, Transparenz und Corporate Governance fördern. Diese Investitionen spielen daher eine wichtige Rolle in der Ausweitung lokaler Kapitalmärkte, indem sie helfen, finanziell gesunde und transparente Unternehmen auf den Markt zu bringen, die damit einen starken Demonstrationseffekt erzielen. Das bedeutet, dass KMU nicht nur direkt, sondern auch indirekt über ihre Zulieferketten Stellen schaffen und in der Lage sind, die Bezahlung ihrer Beschäftigten zu verbessern.

Neben Investitionsprojekten wurden die Tätigkeiten gemäss den drei im vorangehenden Rahmenkredit festgelegten Achsen fortgesetzt. Mit 67 neuen, im Umsetzungszeitraum genehmigten Projekten wurde das Portfolio insbesondere in Afrika südlich der Sahara ausgebaut. Aus Sicht der Schaffung eines für den Privatsektor günstigen Umfelds hat das SECO seinen Nischenansatz weiter verfolgt, gesetzliche und institutionelle Verfahren und Reformen bezüglich Unternehmen zu vereinfachen, etwa das Gesellschaftsrecht, Zulassungsverfahren, das Vertragsrecht, Garantiesysteme, das Konkursrecht, die Grundeigentumsregelung, das Eigentums- und das Arbeitsrecht. Mit Partnern wie IFC, FIAS und FUNDES wurden so in Zentralamerika, Bolivien und Afrika gezielte Projekte zur Beseitigung der wichtigsten Hindernisse für KMU ausgeführt. Aus Sicht der Unternehmensfinanzierung möchte das SECO Finanzintermediäre dazu anregen, ihre Kundenbasis auszubauen und Produkte zu entwickeln, die den Bedürfnissen der KMU entsprechen. Dafür bietet das SECO diesen Finanzeinrichtungen technische Hilfe an, um ihnen bei der Entwicklung neuer Märkte, etwa im Bereich des Leasing, des Hypothekarmarkts und der Darlehen für KMU, zu helfen. Es beteiligt sich auch an der Ausarbeitung von spezialisierten Finanzprodukten wie Verbriefungen («Securitization») zur Risikodeckung und -teilung. Es gewährt auch Garantien, die Import- und Exportgeschäfte oder klassische Investitionen fördern. Das SECO hat sich insbesondere auf innovative Garantiesysteme für private Infrastrukturprojekte und grüne Kreditlinien in Peru, Kolumbien und Vietnam konzentriert, um die Unternehmen zu ermutigen, in umweltschonende Technologien zu investieren. Als dritte Interventionsache hat sich

vor allem in Asien und Afrika die Unterstützung für KMU als Hauptziel mancher Projekte herauskristallisiert. Sie ist auch eine integrale Dimension in Projekten der Ermöglichung des Zugangs von KMU zu Finanzierungen.

Das der Swiss Organisation for Facilitating Investments (SOFI) übertragene Mandat zur Erleichterung von ausländischen Investitionen und der Start-up-Fonds des SECO wurden in befriedigender Weise fortgeführt. Der Start-up-Fonds, der eingerichtet wurde, um durch Risikobeteiligung mit schweizerischen und europäischen KMU Investitionsprojekte des Privatsektors zu fördern, hat für jeden vom SECO investierten Franken nahezu 6 Franken an Investitionen generiert, was einen Erfolg bedeutet. Das Mandat zur Erleichterung von Investitionen hat für jeden vom SECO zur Unterstützung geleisteten Franken 4,66 Franken an Investitionen generiert; dies entspricht rund 450 Investitionsprojekten. Dennoch hat das SECO beschlossen, dieses Mandat nicht mehr zu erneuern, und es ist im Dezember 2007 ausgelaufen. Für ausländische und Schweizer Investoren haben sich die Bedingungen in den letzten zehn Jahren verändert. Im Vergleich zu 1996 hat es einen Aufschwung von Informationstechnologien gegeben und die Verfügbarkeit von kommerziellen Beratungsdienstleistungen für Unternehmen ist gestiegen (ein Zeichen der zunehmenden Globalisierung der Geschäfte), sodass die Investoren heute ein deutlich günstigeres Umfeld vorfinden und der Bedarf an einer öffentlichen Unterstützung, wie sie von SOFI erbracht wurde, klar gesunken ist. Zudem ist in diesem Zeitraum das Interesse der Investoren für Schwelender- und/oder Entwicklungsländer deutlich gestiegen. Der Auftrag der Investitionsförderung von SOFI, wie er ursprünglich konzipiert war, ist somit weitestgehend erfüllt. Die Einstellung dieses Mandats bedeutete die Auflösung der Gesellschaft SOFI AG.

#### *Innovative Finanzinstrumente zugunsten der Umwelt – Das Beispiel der grünen Kreditlinien*

2003 hat das SECO auf der Basis eines Pilotprojektes ein neues Instrument entwickelt, das die Vergabe von Bankkrediten an kolumbianische KMU erleichtern sollte, die in umweltfreundliche Technologien investieren wollen: die grünen Kreditlinien. Dieses Instrument besteht zum einen aus der Risikobeteiligung interessierter Geschäftsbanken und zum anderen aus der teilweisen Rückzahlung von Krediten für KMU, die bestimmte, zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme definierte Umweltziele erreichen. Der Umweltimpact der über diese «grünen Kreditlinien» finanzierten Projekte wird dabei durch das vom SECO unterstützte Zentrum für nachhaltige Produktion (*Centro Nacional de Producción Más Limpia – CNPML*) evaluiert, das auch die Verantwortung für die weitere Betreuung der Projektumsetzung trägt.

Solche Kreditlinien wurden zwischen 2003 und 2006 von zwei kolumbianischen Banken, Bancolumbia und Banco de Bogotá, angeboten und von einem durch das SECO eingerichteten Garantiefonds unterstützt. Von den beiden Banken wurden rund 43 Projekte bewilligt, etwa dreissig davon haben alle zum Zeitpunkt der Kreditvergabe festgesetzten Umweltziele erfüllt. Ein konkretes Beispiel für die Wirksamkeit dieses Instruments ist der Fall des Unternehmens *America de Curtidos*, einem kolumbianischen KMU, das in der Gerberei tätig ist und 250 lokale Angestellte zählt. Das Unternehmen konnte über die vom SECO erleichterte grüne Kreditlinie neue Maschinen und eine Einrichtung zum Chrom-Recycling anschaffen. Diese Investitionen erlaubten die Reduktion der Schad-

stoffemissionen um 90 % und Verbesserungen im Bereich des Verbrauchs von Chemikalien und Wasser sowie Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Arbeitssicherheit für die Angestellten. All diese Fortschritte trugen dank der besseren Produktqualität und der Einhaltung von Umweltstandards, zu einer besseren Positionierung des Unternehmens auf den Exportmärkten bei.

Auf der Basis vielfältiger Erfahrungen wie jener der America de Curtidos und dem Interesse der Banken für dieses Marktsegment hat das SECO die grünen Kreditlinien erneuert und 2005 in Peru und 2007 in Vietnam ähnliche Fazilitäten eingeführt.

### *5. Multilaterale Zusammenarbeit*

Die multilateralen Finanzierungsinstrumente zielen hauptsächlich auf die Armutsbekämpfung und die Entwicklung von internationalen Normen und Standards, die ein nachhaltiges, angemessenes Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern unterstützen. Ihre Stärke liegt in der Fähigkeit, Reformen zu unterstützen, die die Integration von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft fördern, den Privatsektor mobilisieren und vor allem Aktivitäten eines breiten Kreises an Akteuren koordinieren. Durch ihre Beteiligungen am Kapital multilateraler Entwicklungsinstitutionen und als deren Mitglied arbeitet die Schweiz an der Entscheidungsfindung mit und kann sich Gehör verschaffen.

Der von der Schweiz im Rahmen des 6. Rahmenkredits aufgezeigte Ansatz der Mitarbeit in multilateralen Institutionen bleibt im Wesentlichen aktuell. Die Hauptziele in der Frage des institutionellen Dialogs, der Koordination der Hilfe, der Kofinanzierung und der Wiederauffüllung der Fonds wurden erreicht.

#### *Institutioneller Dialog*

Die Schweiz ist sehr aktiv im institutionellen Dialog im Rahmen der multilateralen Finanzierungsinstitutionen. Sie beteiligt sich an der strategischen Ausrichtung dieser Institutionen und nimmt Einfluss darauf. Dank der Bemühungen der Schweizer Exekutivdirektoren in der Weltbank, wie auch dem IWF und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), hat die Schweiz den institutionellen Dialog ausgebaut und ihren Einfluss auf den Entscheidungsprozess in den multilateralen Finanzierungsinstitutionen verstärkt. Gleichzeitig hat das SECO seine operationelle Expertise im Bereich der Förderung des Privatsektors, der Infrastrukturen, des Handels und der makroökonomischen Hilfe genutzt, um substanziell zum institutionellen Dialog beizutragen. Dank dieser Expertise konnten Themen wie Entschuldung, Klimawandel und Gouvernanz vertieft und die Schweiz als anerkannter Partner in den multilateralen Finanzierungsinstitutionen positioniert werden. Im Bereich des Klimawandels hat das SECO die Tätigkeit der multilateralen Institutionen aktiv unterstützt. So hat es 2007 und 2008 im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos Gespräche mit den Präsidenten der multilateralen Entwicklungsbanken über die Problematik des Klimawandels organisiert. In der Frage der Entschuldung hat das SECO einige arme Länder wie Ghana in ihrem Schuldenmanagement unterstützt.

In der Frage der Gouvernanz hat sich die Schweiz im Rahmen der internen Gouvernanzkrise, die im Frühjahr 2007 die Weltbank betroffen und zum Rücktritt ihres Präsidenten Wolfowitz geführt hat, intensiv engagiert. Die Schweiz hat sich über ihre Gouverneurin und ihren Exekutivdirektor aktiv an den Diskussionen im

Zusammenhang mit der Affäre Wolfowitz beteiligt. Sie hat die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Weltbank höchste Standards in der internen Governanz beibehalten und geeignete Massnahmen ergreifen muss, um ihre Glaubwürdigkeit und ihren guten Ruf gegenüber den Mitgliedern zu wahren.

#### *Kofinanzierungen*

Das SECO hat die Kofinanzierungen mit multilateralen Entwicklungsinstitutionen in all seinen Interventionsbereichen ausgebaut. Die Kofinanzierungen weisen vielfältige Vorteile auf. Sie erlauben die finanzielle Beteiligung an umfassenden Programmen, die das SECO allein nicht tragen könnte. Ebenso regen sie zur besseren Zusammenarbeit mit den Geldgebern und zur Harmonisierung der Hilfe bei den Partnerländern an. Zudem erlauben Kofinanzierungen dem SECO durch den Austausch mit den multilateralen Finanzierungsinstitutionen, sein Expertenwissen und Know-how zu vertiefen. Umgekehrt setzt das SECO bei bestimmten Themen, wo es sehr aktiv ist, seine Expertise ein, um den Institutionen Neuausrichtungen vorzuschlagen.

#### *Wiederauffüllung der Fonds*

In den Jahren 2004 und 2007 hat sich die Schweiz aktiv an zwei Wiederauffüllungen des Fonds der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA 14 und 15) und des Afrikanischen Entwicklungsfonds (ADF 10 und 11) beteiligt. Im Zuge dieser Wiederauffüllungen hat die Schweiz mit Nachdruck gewisse für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit notwendige Themen vertreten. Die Schweiz hat eine Neudefinition der Gesamtarchitektur der Hilfe angeregt, bei der nicht jede Institution alle Entwicklungsthemen abdecken, sondern sich auf die Themen konzentrieren soll, bei denen sie einen komparativen Vorteil aufweist. Die Schweiz hat ein ergebnisorientiertes Management der Mittelallokation unterstützt, das darauf abzielt, dass arme Länder, die gute Rahmenbedingungen schaffen und überzeugende Ergebnisse liefern, von den Institutionen aktiver unterstützt werden sollen. Weiter hat sie die multilateralen Finanzierungsinstitutionen ermutigt, die für die Messung quantitativer und qualitativer Ergebnisse ihrer Aktivitäten nötigen Instrumente einzuführen. Um die Wirksamkeit der gesamten Hilfe zu verbessern, hat die Schweiz Programme zur Harmonisierung der Hilfe zwischen den multilateralen Institutionen und den bilateralen Entwicklungsakteuren unterstützt. Im Bereich der globalen öffentlichen Güter hat sie aktiv die Berücksichtigung von Problemen im Zusammenhang mit dem Klimawandel angeregt, der verheerende Auswirkungen auf die armen Länder hat. Was die Finanzierung der verschiedenen Fonds betrifft, musste die Schweiz insgesamt ihren Finanzbeitrag reduzieren. So verringerte sie ihre Beteiligung am Kapital des IDA-Fonds für IDA 14 von 2,43 % auf 2,26 % und für IDA 15 von 2,26 % auf 2,1 %. Ebenso verringerte sie ihre Beteiligung am Kapital des ADF-Fonds für ADF 10 von 3 % auf 2,57 % und für ADF 11 von 2,57 % auf 2,3 %.

#### *6. Prozesssteuerung/Managementsysteme*

Integrierter Ansatz des Qualitätsmanagements: Um einen effizienten, wirkungsvollen Einsatz der Mittel der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe zu gewährleisten, hat der Leistungsbereich Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit des SECO seinen integrierten Ansatz des Qualitätsmanagements, der sich auf die drei Pfeiler gezielte Arbeitsprozesse, strengere Ergebniskontrolle und öffentlichkeitswirksame Kommunikation stützt, weiter ausgebaut.

Effiziente Arbeitsprozesse und -systeme sind entscheidend, damit der gesamte Leistungsbereich qualitativ hochstehende Leistungen erbringen kann. Zu diesem Zweck war der Leistungsbereich des SECO einer der ersten in der Bundesverwaltung, der ein auf ISO-Norm 9001 beruhendes Qualitätsmanagement eingeführt hat. Dieses ISO-System legt die für das gute Funktionieren massgeblichen Arbeitsprozesse und -verfahren fest, ermöglicht eine klare Zuteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten und erlaubt die Dokumentation des Prozessverlaufs. Die wichtigsten Weiterentwicklungen in den ersten fünf Jahren bestanden aus folgenden Elementen: (i) die Bestätigung der Zertifizierung des Systems durch eine unabhängige Organisation in den Jahren 2003 und 2006, (ii) der weitere Einsatz und die Aktualisierung der in das System integrierten Prozesse und Abläufe und (iii) die Einführung einer Politik des integrierten Risikomanagements, um bestehende Prozesse zu stärken und die systematische Analyse und Risikoeingrenzung zu fördern. Was das Finanzmanagement betrifft, wurde das SAP-System mit der Einbindung neuer Informationen und der Abstimmung auf die neuen Regeln der öffentlichen Rechnungslegung konsolidiert.

Der Akzent auf Ergebniskontrolle wurde auf internationaler Ebene vor allem durch die Pariser Deklaration bestätigt, die ein ergebnisorientiertes Management als Stütze für die Wirksamkeit der Hilfe anerkennt. Die Ergebniskontrolle muss integraler Bestandteil aller Phasen des Projektzyklus (der Vorbereitung, der begleitenden Kontrolle (Monitoring) und des Projektabschlusses) sein. Damit können die erhofften Ergebnisse eines Projekts klar definiert und erzielte Fortschritte in der Projektrealisierung gemessen werden, um nötige Korrekturen vornehmen und bei Projektabschluss über die erzielten Ergebnisse Rechenschaft ablegen zu können. Die fünf wichtigsten Neuerungen in den letzten Jahren bestanden in (i) der Einführung eines Handbuchs für den Logframe, mit dem das Handbuch über Indikatoren ergänzt wurde, (ii) der Einführung einer spezifischen Weiterbildung für jeden der Interventionsbereiche, die sich auf die Definition eines Logframe stützt, und (iii) der Einführung von Abschlussbeurteilungen für ein ergebnisorientiertes integriertes Reporting-System. Schliesslich spielt die Funktion der Evaluation eine bedeutende Rolle, indem durch sie eine externe und/oder unabhängige Kontrolle der Ergebnisse gewährleistet wird. Die wichtigsten Entwicklungen im Bereich der Evaluation sind: (i) die Gemeinschaft der Geldgeber bevorzugt immer öfter gemeinsame Evaluationen, wie beispielsweise die DAC/OECD-Evaluation über die allgemeine Budgethilfe, (ii) ein verstärktes Überdenken der Messkriterien für den Impakt der Massnahmen; das SECO engagiert sich hier selektiv, beispielsweise durch die Finanzierung einer «Tracer study», um die Auswirkungen der Vereinfachung der Registrierungsverfahren auf Unternehmen zu messen, (iii) die Gewährung zusätzlicher Mittel zugunsten der Evaluationsfunktion, und (iv) der Ausbau etablierter Prozesse, wie beispielsweise der Ermittlung der Erfolgsquote der Projekte auf der Grundlage einer unabhängigen Überprüfung der Evaluation und Abschlussbewertungen durch den Evaluationsbeauftragten.

Die Informationspolitik auf Ebene des Leistungsbereichs hat zum Ziel, die Öffentlichkeit über die Tätigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit zu informieren und gleichzeitig präzisere Anfragen eines Fachpublikums zu beantworten. Während des berücksichtigten Zeitraums bestanden die wichtigsten Neuerungen darin, (i) die Kommunikationsfunktion zu professionalisieren, um eine klare, leicht zugängliche Information sicher zu stellen; dadurch konnte vor allem eine umfassende Website erstellt, der Kontakt zur Presse verstärkt und der Beitrag des SECO

an gemeinsam mit der DEZA organisierte Veranstaltungen wie beispielsweise die Jahreskonferenz erhöht werden, (ii) das Informationsangebot, sei es mittels der Website, mittels Drucksachen oder Videoprodukten auszubauen, und (iii) die Sichtbarkeit der von der schweizerischen Zusammenarbeit finanzierten Programme in Partnerländern in Zusammenarbeit mit den Kooperationsbüros und Botschaften zu verbessern. Diese drei Achsen kamen anlässlich von in der Schweiz und im Ausland organisierter Anlässen voll zum Tragen, wie beispielsweise den *Fair Trade Fairs* oder der mit CASIN organisierten Konferenz über Mikrofinanzierung, bei denen sich die Schweiz als erstrangiger Gastgeber und Träger wegweisender Initiativen profilieren konnte und das SECO den aktiven Austausch mit wichtigen nationalen Partnern pflegen konnte.

## Auszahlungen des SECO im Jahr 2006 (Rahmenkredit VI) nach Ländern und Durchführungsorganisationen

### Auszahlungen nach Ländern und Themenbereichen

Land	Auszahlungen	%	Themenbereich	Präsenz
<b>Schwerpunkt- länder</b>				
<b>Ghana</b>	16 903 870	11.5 %	Makroökonomische Unterstützung (Budgethilfe), Infrastruktur (Energie) und Handelsförderung (Produktstandards)	Vertretung in der Botschaft (50 %)
<b>Tansania</b>	12 055 789	8.2 %	Makroökonomische Unterstützung (Budgethilfe), Infrastruktur (Wasser) und Handelsförderung (Produktstandards)	Vertretung im Koordinationsbüro der DEZA (80%)
<b>Mosambik</b>	11 577 140	7.9 %	Makroökonomische Unterstützung (Budgethilfe), Handelsförderung (Produktstandards), Investitionsförderung (KMU)	Lokaler Vertreter im Kobü der DEZA
<b>Burkina Faso</b>	9 331 919	6.4 %	Makroökonomische Unterstützung (Budgethilfe), Investitionsförderung (Investitionsklima), Handelsförderung (Baumwolle).	–
<b>Vietnam</b>	8 275 555.67	5.6 %	Investitionsförderung (Finanzierung KMU), Handelsförderung (WTO-Accession, Produktstandards), Finanzsektor (Ausbildung).	Vertreter im Koordinationsbüro der DEZA
<b>Nicaragua</b>	7 850 783	5.3 %	Makroökonomische Unterstützung (Budgethilfe), Handelsförderung (Bioproduktion).	–
<b>Südafrika</b>	5 477 350	3.7 %	Investitionsförderung (Investitionsklima, Finanzierung KMU), Handelsförderung (Produktstandards).	Vertreter Botschaft angegliedert
<b>Marokko</b>	5 222 676	3.6 %	Investitionsförderung (Finanzierung KMU), Handels-/Umweltförderung (Produktstandards).	–
<b>Bolivien</b>	1 823 846	1.2 %	Handelsförderung (Exportförderung, Bio-Produktion).	–

Land	Auszahlungen	%	Themenbereich	Präsenz
<b>Peru</b>	1 680 241	1.1 %	Handelsförderung (Exportförderung, Produktionsstandards Umwelt), Investitionsförderung (Investitionsklima).	Vertretung durch Koordinationsbüro der DEZA
<b>Ägypten</b>	1 621 700	1.1 %	Infrastruktur (Gesundheit), Handelsförderung (Export erleichterung).	Vertretung durch Botschaft
<b>Indonesien</b>	1 016 667	0.7 %	Investitionsförderung (Tsunami Aufbauhilfe).	
<b>Costa Rica</b>	926 227	0.6 %	Investitions- und Handelsförderung	
<b>China</b>	737 966	0.5 %	Handels-/Umweltförderung (Handelspolitik).	Vertretung durch Botschaft
<b>El Salvador</b>	599 870	0.4 %	Investitionsförderung.	
<b>Indien</b>	474 093	0.3 %	Handelsförderung.	Lokaler Vertreter im Kobü der DEZA
<b>Jordanien</b>	372 052	0.3 %	Investitionsförderung (Produktionsstandards in Umwelt).	Vertretung durch Botschaft
<b>Honduras</b>	370 919	0.3 %	Investitionsförderung.	
<b>Zentralamerika</b>	265 000	0.2 %	Handelsförderung (Produktstandards)	
<b>Guatemala</b>	201 066	0.1 %	Investitionsförderung (Business Climate).	Vertretung durch Botschaft
<b>Total</b>	<b>86 784 737</b>	<b>59.1%</b>		
<b>Übrige Länder</b>				
<b>Libanon</b>	2 104 180	1.4 %	Handelsförderung (Produktstandards, Bio-Produktion)	
<b>Kolumbien</b>	1 702 662	1.2 %	Investitionsförderung (Green Credit Line und Umwelt-Produktionsstandards).	
<b>Mali</b>	750 000	0.5 %	Handelsförderung (Rohstoffe, Baumwolle).	
<b>Kuba</b>	650 000	0.4 %	Infrastruktur (Abfall)	
<b>Laos</b>	130 000	0.1 %	Handels- und Umweltförderung (Umwelt-Produktionsstandards).	
<b>Kambodscha</b>	130 000	0.1 %	Handels- und Umweltförderung (Umwelt-Produktionsstandards).	
<b>Brasilien</b>	62 045	0.0 %	Handelsförderung	
<b>Total</b>	<b>5 528 887</b>	<b>3.8 %</b>		

Land	Auszahlungen	%	Themenbereich	Präsenz
<b>Regionale Projekte</b>	<b>23 244 850</b>	<b>15.8 %</b>	Nord/Ostafrika: Investitionsförderung (regionaler Investitionsfonds, KMU); Sub-Saharan Africa: Infrastrukturfinanzierung (Erleichterung PPP); Asien: Infrastrukturfinanzierung (Erleichterung PPP)	
<b>Global</b>	<b>26 807 313</b>	<b>18.3 %</b>	Handelsförderung und Umwelt (Tropenholz, Emissionshandel, E-Waste), Handelsförderung (SIPPO, Handelspolitik, Commodity Risk), Investitionsförderung (SOFI, Start-up Fund)	
<b>Verwaltungskosten, Identifikation, Evaluation, etc.</b>	<b>4 477 695</b>	<b>3.0 %</b>	Gehälter, Ausbildung, Konsulentleistungen (Identifikation, Evaluationen)	
<b>Total</b>	<b>146 843 482</b>	<b>100.0 %</b>		

**Auszahlungen des SECO an NGO, Schweizer Bildungsinstitutionen und Internationale Finanzierungsinstitutionen im Jahre 2006 (RKVI)** *Tabelle 2*

	Auszahlungen		Themenbereich	Land
	Mandate	Beiträge Total		
<b>NGO und Non-Profit Organisations</b>				
African Institute for Corporate Citizenship, Johannesburg	20 538	20 538	Handelsförderung	Regional
Alliance Sud, Bern	167 198	167 198	Entschuldung	Global
Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Basel	88 200	88 200	Handelsförderung	Vietnam
bio.inspecta, Frick	53 896	53 896	Handelsförderung	Rumänien, Libanon
BPD, Building Partnership for Development in Water and Sanitation, London	100 296	100 296	Infrastruktur	Global
cinfo, Biel	23 751	23 751	Kommunikation	Global
CUTS Centre for International Trade, Economics & Environment (CITEE), Jaipur	75 175	75 175	Handelsförderung	Südostasien
Development Finance International Ltd, London	437 598	437 598	Entschuldung	Nicaragua
Fairtrade Labelling Organizations International (FLO), D-Bonn	125 500	125 500	Handelsförderung	Global
Fundes Internacional para America, San Salvador, Costa Rica, Guatemala	1 227 636	1 227 636	Investitionsförderung	San Salvador, Costa Rica, Guatemala
HELVETAS, Schweizer Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, Zürich	1 311 600	1 311 600	Handelsförderung	Mali, Burkina Faso
IDEAS, Partnership for Development, Genève	946 047	946 047	Handelsförderung	Ghana, Vietnam, Libanon, Mosambik, Global
Intercooperation, Bern	1 572 320	1 572 320	Handelsförderung, Rohstoffe	Nicaragua, Costa Rica/Global
ISCOM und Fair Wear Foundation, Bern	70 000	70 000	Handelsförderung	Global
Kinderschutz Schweiz, Bern	58 614	58 614	Handelsförderung	Global
Schweizerisches Rotes Kreuz, Bern	696 921	696 921	Infrastruktur	Ägypten
STEP Stiftung für gerechte Bedingungen in Teppich-Herstellung und -Handel, Bern	46 000	46 000	Handelsförderung	Global

	Auszahlungen			Themenbereich	Land
	Mandate	Beiträge	Total		
Swisscontact, Zürich	2 102 500		2 102 500	Investitionsförderung	Südafrika, Indonesien
Swisspeace, Bern	38 827		38 827	Handelsförderung	Bolivien
Transparency International Schweiz, Bern		55 000	55 000	Investitions- und Handelsförderung	Schweiz
<b>Total</b>	<b>9 162 616</b>	<b>55 000</b>	<b>9 217 616</b>		

### Schweizerische Universitäten / Forschungsinstitute

Eidg. Materialprüfungs- & Forschungsanstalt (EMPA), St. Gallen	2 666 977		2 666 977	Handelsförderung	Global, Brasilien, Kolumbien, Peru
Fachhochschule Nordwestschweiz, Brugg	366 400		366 400	Handelsförderung	Jordanien
Forschungsinstitut für biologischen Landbau, Frick	1 008 273		1 008 273	Handelsförderung	Libanon, Indien
Institut für Banken und Finanzen, Universität St. Gallen, St. Gallen	142 724		142 724	Entschuldung	Global
World Trade Institute (WTI), Universität Bern, Bern	450 000		450 000	Handelsförderung	Global
<b>Total</b>	<b>4 634 374</b>	<b>0</b>	<b>4 634 374</b>		

### Internationale Finanzierungsinstitutionen

Advisory Center on WTO Law (ACWL), Genève	2 570 000		2 570 000	Handelsförderung	Global
Bank for International Settlements (BIZ), Basel	910 000		910 000	Handelsförderung	Global
Bureau International du Travail (ILO), Genève	700 001		700 001	Handelsförderung	Südafrika
International Trade Centre (ITC), Genève	3 666 848		3 666 848	Handels- und Investitionsförderung	Vietnam, Bolivien, Südostasien, Global
International Bank for Reconstruction (IBRD), Washington	9 163 681		9 163 681	Infrastrukturfinanzierung, Entschuldung, Rohstoffe	Ghana, Südafrika, Vietnam, Global
International Finance Corporation (IFC), Washington	6 393 629		6 393 629	Investitionsförderung	Bolivien, Nicaragua, Honduras, Peru, Ghana, Burkina Faso, Global

	Auszahlungen			Themenbereich	Land
	Mandate	Beiträge	Total		
International Institute for Sustainable Development (IISD), Winnipeg	1 338 395		1 338 395	Handelsförderung	Global, China
International Tropical Timber Organisation (ITTO), Yokohama	3 900 000		3 900 000	Rohstoffe	Global
Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD), Paris	368 187		368 187	Investitionsförderung	Afrika, Südosteuropa, Global
The International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Châtelaine	213 250		213 250	Handelsförderung	Nicaragua, Honduras/ Global
The World Conservation Union of Nature (IUCN), Gland	350 000		350 000	Rohstoffe	Ghana
United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), Genève	260 000		260 000	Investitionsförderung	Global
United Nations Industrial Development (UNIDO), Wien	9 031 766		9 031 766	Handelsförderung	Kuba, Mosambik, Ägypten, Vietnam, Laos, Kambodscha, Tansania, Südamerika, Libanon, Ghana, Vietnam, Marokko
<b>Total</b>	<b>38 865 756 0</b>		<b>38 865 756</b>	Handelsförderung	Afrika
<b>Total</b>	<b>52 662 746</b>	<b>55 000</b>	<b>52 717 746</b>		

*Erläuterungen:*

- Mandate: Es handelt sich um Mandate für die Durchführung spezifischer vom SECO ausgewählter Programme.
- Beiträge: Beiträge für die Durchführung eigener Programme dieser Organisationen bzw. Institutionen.
- Internationale Finanzierungsinstitutionen: Es handelt sich um Beiträge für die Durchführung spezifischer, vom SECO ausgewählter Programme oder Projekte. Eingeschlossen sind zudem auch Beiträge an «Multi-Donor-Fazilitäten», welche durch diese Institutionen verwaltet werden.

## Schwerpunktländer 2008–2012

Bei der Anwendung der Auswahlkriterien (vgl. Kasten in Ziff. 2.2.1) sind namentlich die folgenden Gründe für die konkrete Länderauswahl entscheidend:

### Bisherige/zukünftige Schwerpunktländer

Region	Botschaft 2002	Botschaft 2008 (RK VII, 2008–2012)	Gründe für die Zusammenarbeit bzw. den Ausstieg mit bilateralen Programmen des SECO
<b>Afrika</b>	Burkina Faso	Ausstieg	Kein deutlicher komparativer Vorteil des SECO. Zukünftige Federführung allein durch die DEZA.
	Ghana	Ghana	Regionaler Wachstumspol und Zentrum insb. im Finanz- und Logistiksektor, sichtbare Reformfortschritte, Rolle im internat. Rohstoffhandel (zweitwichtigster Kakao-Exporteur weltweit), sehr gute Erfahrungen mit bisheriger Zusammenarbeit und grosses gegenseitiges Interesse, Hauptpfeiler der langjährigen Schweizer Beziehungen.
	Mosambik	Ausstieg	Kein deutlicher komparativer Vorteil des SECO. Zukünftige Federführung allein durch die DEZA.
	Südafrika	Südafrika	Regionale Bedeutung, Armut und grosse interne Einkommensunterschiede, Rolle im internat. Rohstoffhandel, lange bestehende wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sowie gegenseitiger Wille für deren Fortsetzung.
	Tansania	Ausstieg	Kein deutlicher komparativer Vorteil des SECO. Zukünftige Federführung allein durch die DEZA.
	Ägypten	Ägypten	Regionaler Wachstumspol, Bedeutung für regionale Stabilität bzw. Rolle in Nahost, starke Bevölkerungszunahme/Migrationsproblematik, Potential für stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit.
	Marokko	beendet	Bereits seit 2005 kein Schwerpunktländ mehr
	Tunesien	Ausstieg	In sich abgeschlossenes Programm umgesetzt. Bisherige Zusammenarbeit basierte stark auf dem auslaufenden Instrument der Mischkredite.
	<b>Asien</b>	China	beendet
Indien		beendet	Bereits seit 2006 kein Schwerpunktländ mehr

Region	Botschaft 2002	Botschaft 2008 (RK VII, 2008–2012)	Gründe für die Zusammenarbeit bzw. den Ausstieg mit bilateralen Programmen des SECO
	Indonesien	Indonesien	Südostasiatisches Wirtschaftszentrum, volatile Entwicklung, grosse interne Disparitäten, interner Stabilisierungsbedarf, Bedarf in diversen SECO-Bereichen wie Handel, Energie, KMU, Rolle in Bezug auf die Klimaproblematik, grosser Binnenmarkt mit 220 Mio. Einwohnern.
	Vietnam	Vietnam	Regionaler Wachstumspol mit Modellcharakter, sehr erfolgreiche bisherige Zusammenarbeit, gute Möglichkeiten zur Mobilisierung von privatwirtschaftlichen Ressourcen.
<b>Lateinamerika</b>	Bolivien	Ausstieg	Kein deutlicher komparativer Vorteil des SECO. Zukünftige Federführung allein durch die DEZA.
	Peru	Peru	Regionaler Wachstumspol und wichtig für regionale Stabilität, volatile Entwicklung, strukturelle Reformbereitschaft, sehr gute Erfahrungen mit bisherigem Programm, hoher Wille zur Zusammenarbeit.
	Zentralamerika	Ausstieg	Nicaragua, wo der bisherige Schwerpunkt lag, ist kein fortgeschritteneres Entwicklungsland. Das SECO definiert keine Regionen mehr als «Prioritätsland»
	–	Kolumbien	Beitrag zur regionalen und internen Stabilität, grosse Reformwilligkeit, Einkommensgefälle im Inland, grosser Wille zur Zusammenarbeit. Seco insbesondere bereits im Umweltbereich tätig, Schwerpunktland EDA/PAIV.
<b>Naher Osten</b>	Jordanien	Ausstieg	In sich abgeschlossenes Programm realisiert. Sonst keine Aktivitäten des SECO in der Region.

## Monitoring und Evaluationssystem

Ziele der Instrumente	Ziele des ersten Aufgabengebiets
<p><b>Die Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen trägt bei zu:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- makroökonomischer Stabilität</li> <li>- nachhaltig finanziertem Staatshaushalt, Effizienz und Wirksamkeit der Staatsausgaben</li> <li>- Stabilität und Effizienz des Finanzsektors</li> </ul>	<p><i>Erwartete Resultate bezüglich eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der Integration in die Weltwirtschaft:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verstärktes Wachstum</li> <li>- Zuwachs des Aussenhandels</li> <li>- Reduktion von Disparitäten</li> <li>- Stärkung der Gouvernanz</li> <li>- Verbesserung der Umwelbedingungen</li> <li>- Wachstum des Handels mit Entwicklungsländern</li> </ul>
<p><b>Die Investitionsförderung trägt bei zu:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- einer verbesserten Verankerung und Effizienz des Finanzsektors</li> <li>- einem günstigen Geschäftsumfeld</li> <li>- der Entwicklung einer Geschäftskultur</li> <li>- zur Entstehung und Entwicklung leistungsfähiger Unternehmen (KMUs)</li> </ul>	
<p><b>Die Handelsförderung trägt bei zu:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- handelsfördernden Rahmenbedingungen</li> <li>- internationaler Wettbewerbsfähigkeit</li> <li>- Verbesserung des Marktzugangs</li> </ul>	
<p><b>Die Infrastrukturfinanzierung trägt bei zu:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- einer nachhaltigen wirtschaftlichen Infrastruktur</li> <li>- einer verlässlichen Grundversorgung (z.B. im Bereich Energie)</li> <li>- günstigen Rahmenbedingungen für die Entwicklung, Nutzung und den nachhaltigen Unterhalt von Infrastrukturen</li> </ul>	
<p style="text-align: center;"><b>Projekt und Programme, die unter dem Rahmenkredit finanziert werden</b></p>	<p>Die in den Aufgabengebieten festgelegten Ziele hängen von verschiedenen externen Faktoren ab, die unabhängig sind von den Massnahmen des SECO. Deshalb ist es wichtig, zwischen den einzelnen Stufen innerhalb der Aufgabengebiete, den Instrumenten, Programmen und Projekten zu unterscheiden. Zur besseren Erfassung des Beitrags der Massnahmen des SECO zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum und dem Einbezug in die Weltwirtschaft werden die Ziele der Instrumente auf dem Niveau der Programme und Projekte in Logframes integriert und durch präzise Indikatoren gemessen.</p>

Ziele des zweiten Aufgabengebiets

Das SECO gestaltet, zusammen mit anderen Partnern, die Politik der internationalen Finanzierungsinstitutionen (der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken) und der wirtschaftlichen Organisationen der UNO, damit diese wirksam und effizient zur internationalen Zusammenarbeit und Entwicklung beitragen.

- Die multilateralen Institutionen geben den zentralen Themen der wirtschaftlichen Globalisierung (inkl. Handel, nachhaltiges Wachstum, Externalitäten) hohe Priorität und berücksichtigen neben den Vorteilen auch die negativen Auswirkungen.
- Die Weltbankgruppe und die regionalen Entwicklungsbanken sowie die wirtschaftlichen Unterorganisationen der UNO setzen ihre resultatsorientierte Vorgehensweise fort. Die Wirksamkeit ihrer Arbeit wird besser gemessen und der Öffentlichkeit kommuniziert.
- Die Institutionen konzentrieren sich auf ihre komparativen Vorteile und Bereiche mit hoher Wirksamkeit und entwickeln eine klare internationale Arbeitsteilung, die sich durch komplementäre Dienstleistungen und enge Koordination auszeichnet, insbesondere zwischen der Weltbankgruppe, den regionalen Entwicklungsbanken und den UN-Sonderorganisationen sowie den bilateralen Gebern.
- Die verschiedenen Institutionen entwickeln ihr Instrumentarium laufend weiter und stimmen es auf die Bedürfnisse der einzelnen Entwicklungsländer ab, ohne dass grundlegende Minimalstandards aufgeweicht werden.
- Die Schweiz beteiligt sich an der Finanzierung der Entwicklungsfonds proportional zur Finanzierung durch andere Geber und zum konkreten Nutzen, den sie aus der wirtschaftlichen Globalisierung zieht. Dadurch soll die Position der Schweiz unter den mittleren Gebern gehalten und auch ihre Einflussmöglichkeit in den Leitungsorganen gestärkt werden.
- Als regionale oder globale Entwicklungsinstitutionen erfüllen die multilateralen Institutionen höchste Anforderungen an die eigene Unternehmensführung. Dazu gehören auch eine angemessene Mitwirkung aller Länder in den Entscheidungsgremien, ein transparentes Wahlverfahren für Präsidenten, die systematische Verhinderung der Korruption sowie Transparenz und Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit.
- Das SECO fördert strategische Partnerschaften mit diesen Institutionen zur Maximierung von Synergien mit seinen eigenen Instrumenten und Tätigkeiten zur gezielten Beteiligung am internationalen Dialog.

**Beitrag der Schweiz mit den Mitteln des Rahmenkredits**

# Internationale Wertschöpfungskette

